

Bezugspreis: Für den Monat Mai 3000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 7800 M., für das übrige Ausland 8800 M. Postbezugspreis für die Schweiz 9000 M. Postbestellungsrechnen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Ostland, Preussens, Österreich, Schweden, Schwiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile kostet 1200 M., Reklamezeile 6000 M. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 200 M., Stellenausschreibung das erste Wort 200 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zelle 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 24. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postkontos: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Postkontofache Lindenstraße 3

# Die Einigung der Internationale.

## Das Statut einstimmig angenommen.

Hamburg, 23. Mai (Eigener Drahtbericht).

Der heutige Tag stand unter dem Zeichen der Fundamentierung der neuen Internationale. Nachdem am Schluß der Vormittagsitzung nach Verlegung der politischen Debatte auf Donnerstag der Vorsitzende der Internationalen Gewerkschaftskommission Thomas (England) die von der Kommission ausgearbeitete Resolution über den Achtstundentag begründet und die einstimmige Annahme der Resolution erfolgte, trat der Kongress in der Nachmittagsitzung in die Beratung des Statutenentwurfes ein. Vorher berichtete Genosse Crispin über die Arbeit der Mandatsprüfungskommission, die einer Anzahl kleiner Parteien, darunter die tschechischen Nationalsozialisten, die Aufnahme verweigert hatte.

Dann schilderte Genosse Adler als Berichterstatter des Organisationskomitees den kommenden Aufbau der Internationale. Mancherlei Schwierigkeiten seien zu überwinden gewesen, die jetzt getroffenen organisatorischen Beschlüsse trügen nur einen provisorischen Charakter. Das Wesentlichste bei dem Aufbau der neuen Internationale sei der Geist des gemeinsamen internationalen Denkens, der sich bei der demokratischen Beratung nach und nach herauskristallisiert habe. Mit Freude konstatierte Genosse Adler, daß der gemeinsame Boden über seine Erwartungen hinausgehe und bereits ein Gerüst der künftigen Internationale zeige. Von den Statuten hob er besonders die glückliche Wendung im ersten Paragraphen hervor, wonach die neue Internationale auf dem Boden des Klassenkampfes aufgebaut sei und sich die Verwirklichung des Sozialismus zum Ziele setze.

Für die Wirksamkeit der neuen Internationale ist aber vor allem § 3 entscheidend, wonach die Beschlüsse der sozialistischen Arbeiterinternationale für alle ihr angeschlossenen Teile bindend sind. Dieser Punkt bedeute eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der einzelnen Teile der Internationale, ohne die sie als Gesamtheit nicht lebensfähig sein würde. Wesentlich ist aber noch das folgende: die neue Internationale hat aus den Erfahrungen des Krieges gelernt. Sie will nicht nur ein Instrument für den Frieden, sondern auch ein unentbehrliches Instrument für die Zeit des Krieges. Ungeheurer Beifall des gesamten Kongresses unterbricht den Redner, und dieser Beifall steigert sich noch, als Genosse Adler mit leidenschaftlichem Feuer ausruft: Was sich einmal ereignete, das wird sich nochmals nicht wiederholen. Genosse Adler wies ferner auf den wichtigen Punkt der Statuten hin, wonach bei Konflikten die einzelnen Nationen die sozialistische Arbeiterinternationale als höchste Instanz von den angeschlossenen Organisationen anerkannt wird.

Das sind die wichtigsten Momente des neuen Statutenentwurfes, die dem Charakter der Internationale ihr wesentliches Gepräge verleihen. Zum Schluß wies Genosse Adler noch darauf hin, daß das kommunistische Ultimatum, das an das Organisationskomitee des Kongresses gerichtet war, nicht als Grundlage für aussichtsreiche Verhandlungen mit den Kommunisten anerkannt werden könne. Es müsse klipp und klar gesagt werden, daß keine Verhandlungen mit den Kommunisten zu führen seien, ehe sie nicht das Selbstbestimmungsrecht des Proletariats anerkennen und den bei ihnen herrschenden Grundsatz ablehnen, wonach die Diktatur einer Clique über die Mehrheit der Arbeiterklasse aufgerichtet wird. Stürmischer Beifall des Kongresses zeigte, daß Genosse Adler mit dieser Feststellung den Anschauungen der gesamten Internationale entsprechen wird.

Nach der Rede Adlers beantragte Genosse Paul Faure im Namen der französischen Delegation, dem Statutenentwurf im Geiste voller Einmütigkeit zuzustimmen, um die Geschlossenheit der neuen Internationale vor dem Anblick des gesamten Weltproletariats zu dokumentieren. Der Kongress stimmt dem Antrag Faure zu, nimmt einstimmig den Statutenentwurf an, erhebt sich von den Sitzen und begrüßt mit dem Gesang der Internationale die Geburtsstunde der neuen Sozialistischen Arbeiterinternationale. Es war ein erhebender Augenblick, den wohl niemand der Teilnehmer je vergessen wird, wie diese imposante Versammlung, erfüllt von einheitlichem brüderlichem Geist unter den Klängen des Kampfliedes der internationalen Arbeiterklasse das Werden der neuen großen Organisation begrüßte. Die Rundgebung des einheitlichen Willens schloß den Kongress, der bis heute noch eiliche organisatorische Schwierigkeiten zu überwinden hatte, zu einem festen Gefüge zusammen. Jeder Teilnehmer fühlte, daß das Gerüst fertiggestellt ist, auf dem sich nun das gemeinsame Wirken der internationalen Arbeiterklasse erheben wird.

Hamburg, 23. Mai.

Nachdem Vorwärts geschickt hatte, hörte der Kongress ein Referat des italienischen Genossen Modigliani an, der zunächst

hemängelte, daß Abramowitsch sich auf die Kritik der Sowjetregierung beschränkt und nicht hervorgehoben habe, daß das bolschewistische Regime den Faschismus gestützt habe. Zurufe der russischen und anderen Delegationen zeigten jedoch, daß diese Beurteilung der russischen Revolution nur wenig Anklang findet. Indessen stellte Modigliani bei der Befprechung der italienischen Verhältnisse den Grundsatz auf, daß der Faschismus nur überwunden werden könne durch den Zusammenschluß des Proletariats auf dem Boden der Demokratie und er ging sogar so weit, zur wirksamen Bekämpfung der Reaktion nicht nur, wie Otto Bauer in seinem Referat, den Appell an die öffentliche Meinung der Welt zu empfehlen, sondern als das einzig wirksame Mittel die Eroberung der politischen Macht in allen Ländern, wo das möglich sei, verlangte.

Modigliani sagt weiter: Gegenwärtig ist das Proletariat allen (?) Regierungen fern. Aber die Parteien in allen Ländern dürfen nicht zuriickschrecken vor der Eroberung der Macht im eigenen Lande. Wenn Jaurès seinerzeit in Amsterdam mit seiner Forderung der Erlämpfung der Macht durchgedrungen wäre, hätten sich die Verhältnisse vielleicht inzwischen anders entwickelt. Das Proletariat muß den Mut haben, die Forderung der Eroberung der Macht auf seine Fahne zu schreiben und vorwärts zu schreiten auf dem Wege zum Sozialismus. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung wird auf Donnerstag vertagt. Da der Referent zu Punkt 3 (Achtstundentag und Arbeiterschutz), Thomas (England), schon heute abend abreisen muß, wird dieser Punkt vorweg genommen.

### Referent Thomas-England

beantwortet zunächst die von der Kommission vorgelegte Resolution. Die Forderung des Achtstundentages ist eine Selbstverständlichkeit für die Arbeiter aller Länder. Die Kapitalisten behaupten, diese Forderung sei ein Ergebnis des Krieges. Wir wissen, daß es eine alte Forderung der Arbeiterbewegung ist. Der Achtstundentag bedeutet für uns nicht, daß man auch zehn Stunden arbeiten kann und sich die Ueberstunden bezahlen läßt, während andererseits Millionen von Arbeitern arbeitslos herumlaufen. Die Gleichmäßigkeit der Arbeitszeit in allen Ländern, wie sie das Internationale Arbeitsamt propagiert, wäre das beste Mittel, um der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten ein Ende zu machen. In England gibt es Millionen Arbeiter, die eine kürzere Arbeitswoche als die 48stündige haben. Der Achtstundentag bedeutet für uns das Maximum. Ich bitte Sie um einmütige Annahme der Resolution. (Lebhafte Beifall.)

### Resolution zum Achtstundentag.

Ohne Debatte wird dann die Resolution angenommen. Sie lautet:

„Der Kongress erklärt seine vollständige Uebereinstimmung mit der Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Gebiete der Sozialpolitik und spricht die Ueberzeugung aus, daß diese Tätigkeit der Wohlfahrt und dem Schutz der Arbeiter aller Länder dient. Er fordert die vertretenen Parteien auf, alle ihre Kraft auf politische und gewerkschaftliche Gebiete einzusetzen, um diese Bestrebungen, insbesondere den maximalen achtstündigen Arbeitstag, zu verwirklichen.“

Der Kongress verurteilt auf das Schärfste die Haltung jener Länder, die zwar Verpflichtungen übernommen, aber es unterlassen haben, sie im Wege der Gesetzgebung auszuführen und fordert die vertretenen Parteien auf, allen Nachdruck gegenüber ihren Regierungen anzuwenden, um sie zur Ratifizierung aller Konventionen der internationalen Arbeiterkonferenzen zu zwingen. Die Konventionen stellen nach der Ansicht des Kongresses die Mindestanforderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung dar.

Der Kongress fordert ferner die Arbeiter auf, den vielen verwerflichen Anschlägen Widerstand zu leisten, die durch die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes im Dienste verschiedener kapitalistischer Interessen unternommen werden, die stets der Besserung der sozialen Lage der Arbeiter widersprechen.“

Die weiteren Verhandlungen des Kongresses werden auf nachmittags 4 Uhr vertagt. — Schluß 1 Uhr.

### Nachmittagsitzung.

Stauning-Dänemark führt den Vorsitz. Es wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen genommen.

Crispin-Deutschland teilt mit, daß als ordentliche bzw. Gastdelegierte 426 bzw. 194, also insgesamt 620 Delegierte aus 30 Ländern anwesend sind. Außerdem empfiehlt die Mandatsprüfungskommission, noch mit beratender Stimme Vertreter kleinerer sozialistischer Parteien aus verschiedenen Ländern zuzulassen und die endgültige Regelung des Verhältnisses dieser Parteien zur Internationale der neuen Exekutive zu überlassen. Die Zulassung von Vertretern der Zionisten — die auf ihrem Kongress in Palästina gegen den Anschluß an die Amsterdamer Internationale gesprochen haben — sowie von Vertretern separatistischer Gruppen aus der Tschechoslowakei und Rußland hat die Kommission abgelehnt.

Der Kongress stimmt den Vorschlägen der Kommission zu. Die endgültige Festsetzung der Stimmenzahl, die den einzelnen Ländern zukommt, wird auf Vorschlag des Organisationskomitees der zukünftigen Exekutive überlassen. Für diesen

Kongress wird ohne Debatte eine Stimmenverteilung beschlossen, die eine Majorisierung durch die großen Parteien in England und Deutschland ausschließt. Nach dieser Liste hat Deutschland 30 Stimmen.

Faure-Frankreich erklärt dabei, daß er den Auftrag von seiner Partei habe, eine stärkere Vertretung zu verlangen, entsprechend der Bedeutung der französischen Partei in der Internationale. Er will sich aber für diesen Kongress ebenfalls bescheiden und die Entscheidung für die Zukunft der neuen Exekutive überlassen.

### Das Organisationsstatut.

Zu Punkt 4: „Organisationsstatut“ referiert hierauf Adler: Das vorliegende Statut ist das Resultat einer langen vorbereitenden Arbeit. Ich will mir historische Rückblicke auf die Geschichte der Einigung bei der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, ersparen. Die oberste Instanz der neuen Organisation soll in Zukunft der Kongress sein. Während er nicht tagt, leiten die Arbeiter die Exekutive, das Bureau und endlich das Sekretariat der Internationale. Der nächste Kongress soll mit Rücksicht auf die bewegte Zeit der Gegenwartsperiode in zwei Jahren stattfinden. Dann sollen in der Regel die Kongresse alle drei Jahre zusammentreten, doch sollen 10 Parteien, die 1/4 der Kongressstimmen repräsentieren, das Recht haben, die sofortige Einberufung des Kongresses zu fordern. In die Exekutive können nicht alle angeschlossenen Parteien zugelassen werden; sonst würde z. B. Danzig ein bis zwei Vertreter beanspruchen können. Doch sollen die ganz kleinen Parteien das Recht haben, sich zu koalieren, um so, etwa alternierend, eine Vertretung in der Exekutive zu erhalten. Einen Delegierten erhalten die Parteien mit bis 20 Stimmen, und drei Delegierte die Parteien mit mehr als 20 Stimmen. Gegen die Entscheidungen der Exekutive soll die Berufung an den Kongress möglich sein.

### Das Bureau

sollte ursprünglich aus acht Mitgliedern bestehen. Es lagen Anträge vor, es auf zwölf Mitglieder zu erweitern. Um die Aktionsfähigkeit des Bureau zu erhalten, empfahlen wir, diesen Antrag abzulehnen, haben aber beschlossen, die Zahl auf neun Mitglieder zu erhöhen. Mit Sekretären usw. wird das Bureau auch dann noch aus etwa 15 Teilnehmern bestehen. Für die Beitragsleistung werden zwei Typen von Parteien unterschieden: einmal die deutsche Partei, neben der es Gewerkschaften und Genossenschaften gibt, der zweite Typus ist etwa die englische Labour Party, die Gewerkschaften und Genossenschaften in sich enthält. Dieser Typus soll nur die Hälfte seiner Mitglieder für die Beitragsleistung in Rechnung stellen. Das Verhältnis zur internationalen Gewerkschaftsbewegung hat in den Ausführungen des Genossen Dubogeff schon treffenden Ausdruck gefunden, die Formen der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollen noch festgelegt werden. Die sozialistische Frauenkonferenz hat den Wunsch an uns gerichtet, daß auch eine Frau

in das internationale Bureau gewählt wird. Wir haben beschlossen, die neue Exekutive zu beauftragen, mit den Vertreterinnen der Frauenkonferenzen zusammen die Formen zu finden, in denen die besonderen Fragen der Frauenbewegung in dem Bureau zur Geltung kommen können.

Die Konflikte zwischen den sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei bilden eine ernste Gefahr für die Rekonstitutionierung der sozialistischen Arbeiterinternationale. Wir gingen davon aus, daß es keiner dieser Parteien unmöglich gemacht werden solle, der Internationale beizutreten. Es wurde zunächst versucht, eine Einigungsformel für diese Parteien zu finden. Das ist trotz längerer Beratung nicht gelungen. Wir schlagen nun vor, daß der Kongress die Exekutive mit der Einsetzung einer Kommission beauftragt, welche die Konflikte zwischen den sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei einer Prüfung unterziehen und der Exekutive über das Ergebnis unter entsprechender Antragstellung baldmöglichst Bericht erstatten soll. Die Wahl dieser Kommission soll noch während der Hamburger Tagung der Exekutive erfolgen.

### Eingangs des Statuts sind

### die grundsätzlichen Gedanken

niedergelegt, auf die sich die neue Internationale einigen soll. Das konnte kein großes Programm sein, sonst wären wir noch auf lange Zeit zu keiner Einigung und keiner organisatorischen Arbeit gekommen. Wir wollten auch nicht nach berühmtem Muster 21 Punkte aufstellen, auf die man sich verpflichten muß, sondern wir sind der Meinung, daß auf dem Wege der demokratischen Zusammenarbeit in dieser Internationalen sich nach und nach herauskristallisiertes soll, was allen gemeinsam ist. Unsere Hauptaufgabe ist ein gemeinsames internationales Denken in immer weiterem Maße herzustellen. Die Aufstellung eines so kurzen Programms bedeutet natürlich, daß die Parteien, die sich vereinigen, noch starke Meinungsunterschiede untereinander besitzen. Aber wir können mit Freude feststellen, daß der Boden, auf dem wir uns bisher bereits geeinigt haben, über unsere Erwartungen hinausgeht und schon zeigt, von welchem Geist die künftige Internationale erfüllt sein soll. Punkt 1 des Programms haben wir formuliert: „In der SWZ vereinigen sich sozialistische Arbeiterparteien, die in der Erhebung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische Arbeiterklasse erkennen.“ Auf diese Formel wird sich das gesamte internationale Proletariat mit gutem Gewissen einigen können.



Als zweiter Punkt ist festgelegt, daß die Arbeiterinternationale die gänzliche Vereinigung der sozialistischen Arbeiterbewegung entsprechend den Grundfäden ihres Statuts erstrebt. Entscheidend ist dann der dritte Punkt:

„Die Sozialistische Arbeiterinternationale ist nur insoweit lebendige Wirklichkeit, als ihre Beschlüsse in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile verbindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder.“

Indem wir das als Postulat anerkennen, haben wir gezeigt, daß der Geist, der in den einzelnen Parteien bei Aktionen verbindend ist, auch in der Zweiten Internationale anerkannt werden muß, wenn internationale Aktionen zur Wirklichkeit werden sollen.

Bedeutend ist der Punkt 4, wonach die I.A. nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während jedes Krieges sein soll. Das sind die wichtigsten Grundfäden unserer Zusammenarbeit. Wir wissen, daß noch sehr wichtige Probleme, wie das Problem der Landesverteidigung und der Koalitionsregierung, zu lösen bleiben. Wir haben festgestellt, daß ein Mitglied der Exekutive, das Minister wird, dadurch automatisch aus der Exekutive ausscheidet. Das bedeutet keine Präjudiz für die Frage der Koalitionsregierung, sondern nur eine praktische Maßnahme, um die Exekutive von dem Problem des Ministerialismus zu verschonen.

Die Kommunisten haben uns in den verschiedensten Fragen, zuletzt durch eine Art Ultimatum, zu Verhandlungen über einen Zusammenschluß aufgefordert. Wir waren dazu nicht in der Lage. Erst muß Klarheit geschaffen werden, welche Form von Einheitsfront überhaupt in Betracht kommen kann. Wir halten die demokratische Gleichberechtigung der Arbeiter für die einzige Basis für solche Verhandlungen. Ueber die Aktionen des Proletariats kann nur die Mehrheit des Proletariats bindend und endgültig entscheiden. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb sind Verhandlungen mit jenen, die es zum Dogma erhoben haben, daß eine Einheitsfront entscheidend ist über das, was die Arbeiterschaft zu tun habe, wenig aussichtsreich, und wir werden uns durch alle Reden von der Einheitsfront niemals beirren lassen, bevor nicht festgestellt ist, daß diejenigen, die mit uns eine Einheitsfront zu bilden gewillt sind, das Selbstbestimmungsrecht des Proletariats anerkennen und nicht wünschen, daß innerhalb der Arbeiterschaft die Diktatur einer kleinen Clique über die große Masse besteht. (Stürmischer Beifall.)

Zum Schluß habe ich noch mitzuteilen, daß unser allerehrter Genosse van Kol uns nahegelegt hat, unserer Organisation auch einen interparlamentarischen Ausschuss

anzuschließen. Die Form dafür zu finden, wird Aufgabe der Exekutive sein. Van Kol gebietet beifällig bereits der Ersten Internationale an. (Lebhafte Beifall.) Ich bitte Sie, die Vorschläge der Kommission unbedingend anzunehmen, da sie ein geschlossenes Ganze bilden. (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag des französischen Delegierten Paul Faure wird von einer Aussprache über den Sachsentwurf abgesehen. Der Kongress nimmt unter großer Beifallstimmung die Satzungen einstimmig an. Damit hat die neue Internationale ihre organisatorische Grundlage erhalten. In den Beifallsturm ruft Vandervelde: „Vive l'Internationale!“ Die Delegierten nahmen diesen Ruf begeistert auf. Stehend singt der Kongress in den Sprachen aller vertretenen Völker die Internationale.

Sodann tritt Vertagung ein; die Plenarberatungen werden am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, wieder aufgenommen. Am Vormittag erfolgt eine Rundfahrt durch den Hafen, ferner tagen am Vormittag einzelne Kommissionen.

## Internationale Frauenkonferenz.

Dem großen Internationalen Sozialistenkongress ging eine Internationale Frauenkonferenz voraus. 93 Delegierte, 82 Gäste aus 21 Ländern trafen im Hamburger Gewerkschaftshaus zusammen, um nach dreizehnjähriger Pause wieder gemeinsam über wichtige Fragen der Frauenarbeit innerhalb der internationalen Parteilichkeit zu beraten. Es sollte ein Ueberblick darüber geschaffen werden, welche Fortschritte die sozialistische Frauenbewegung in den einzelnen Ländern in diesen 13 Jahren nach dem letzten Internationalen Frauenkongress in Kopenhagen 1910 zu verzeichnen hat, wie sich das in vielen Ländern inzwischen eingeführte Frauenwahl-

recht praktisch in der Gesetzgebung und der Gesamtbewegung auswirkt, und welche Maßnahmen für die weitere Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegung zu treffen sind.

Anregung und Vorbereitung zu dieser Zusammenkunft ging von den österreichischen Genossinnen aus. Vorsitzende war Adelheid Popp-Dösterreich, Beisitzerinnen die Genossinnen Marie Suchacz-Deutschland, Nina Bang-Dänemark und Estine Prag. Nach herzlichen Willkommensgrüßen der Gen. Reize-Hamburg wurden als erster Punkt der Tagesordnung die Berichte über die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung in den verschiedenen Ländern gegeben. Die einzelnen Delegierten mußten sich allerdings auf nur knappe Mitteilung der markantesten Tatsachen aus Bewegung und Gesetzgebung beschränken. Außer in Deutschland besitzen die Frauen namentlich auch in vielen anderen Ländern die volle politische Gleichberechtigung, so in Dänemark, Deutschösterreich, der Tschechoslowakei, die sogar einen weiblichen sozialdemokratischen Präsidenten im Reichswirtschaftsrat in Prag hat, in Holland, Polen, Lettland, vor allem in Finnland, das als erstes Land das Frauenwahlrecht eingeführt hatte. England hat nicht volle politische Gleichberechtigung, Frauen unter 30 Jahren dürfen nicht wählen. Belgien hat zwar das Gemeindefrauenwahlrecht (sogar einen weiblichen Bürgermeister), aber noch nicht das Frauenwahlrecht für Provinzen und Staat. In der Schweiz und in Frankreich müssen die Genossinnen noch immer um die Erreichung der politischen Gleichberechtigung mit den Männern kämpfen.

Die Delegierten aus Rußland gaben sehr traurige Schilderungen über die Unterdrückung der sozialdemokratischen Frauenbewegung durch die Kommunisten. Die Frauen haben zwar das Wahlrecht, doch dürfen nur Kommunistinnen wählen und auch nur diese haben Zutritt zu den öffentlichen Ämtern. Die sozialdemokratischen Frauen werden ebenso verfolgt wie die Männer, selbst die Jugendlichen werden nicht geschont.

Die gemeinsamen Wünsche der sozialistischen Frauen aller Länder kamen in mehreren einstimmig angenommenen Resolutionen zum Ausdruck. Eine dieser Resolutionen fordert die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts in allen Ländern, wo sie noch nicht erfolgt ist. In der Entschlieung „Mütter- und Kindererziehung“ stellte die Konferenz im Zusammenhang mit den Washingtoner Beschlüssen eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Forderungen zum Wohle von Mutter und Kind auf, auf deren Verwirklichung überall in den Gesetzgebungen hingearbeitet werden muß. In einer anderen Entschlieung wurden Vorschläge gemacht für die Erziehung der jungen Generation zur Friedensgewinnung unter unbedingter Ablehnung des Haß- und Rachegebens.

Ein englischer Antrag auf Schaffung eines besonderen internationalen Frauenkomitees wurde von der deutschen Delegation abgelehnt mit der Begründung, daß die Frauen kein Bedürfnis nach einer gesonderten Fraueninternationale haben, vielmehr in der großen, in Hamburg neu zu schaffenden Internationale Seite an Seite mit den Männern stehen. Wünschenswert sei aber, daß im kommenden internationalen Bureau ein weibliches Mitglied mit vollen Rechten vertreten ist. Zu später Stunde schloß Genossin Popp die Konferenz, die allen Teilnehmerinnen Wertvolles für die Weiterarbeit innerhalb der Bewegung mit auf den Weg gegeben hat.

## Noch kein neues Angebot.

Das Reichskabinett ist auch am Mittwoch noch nicht zu der erwarteten Kabinettsitzung zusammengetreten, auch für den Donnerstag war am Mittwochabend eine Sitzung nicht vorgesehen. Die Besprechungen mit den Parteiführern und den Führern der Industrie scheinen auch noch in weiter Ferne zu liegen; einstweilen wenigstens sind auch sie „noch nicht in Aussicht genommen“. Die Reichsregierung erklärt, daß der vorzubereitende Schritt sowohl der Sache nach, insbesondere in bezug auf die Garantiefrage, als auch der Form nach sorgfältigster Prüfung unterliegt und daß aus diesem Grunde in den nächsten Tagen noch nichts Neues bekanntgegeben werden könne. — Da die erste Kundgebung des neuen englischen Kabinetts nicht vor Beginn der nächsten Woche zu erwarten ist und da die deutsche Reichsregierung erst das politische Programm des Kabinetts Baldwin kennen lernen will, wird man wohl damit rechnen müssen, daß erst am Ende der nächsten Woche die deutsche Antwort fertig wird.

andere Frage ist aber die, ob der Landtag ihm dabei Heferdienste leisten darf. Die Große Volksoper hat gewiß in der kurzen Zeit ihres Bestehens manches Gute geleistet. Aber um Hintertüren zu einer zweiten Staatsoper zu avancieren, dazu hat sie sich doch noch nicht hinreichend bewährt. Das muß vollends abgelehnt werden im Hinblick auf ihren durch und durch geschäftlichen Charakter. Um sich von der Zahlung der Vermögenssteuer zu befreien, hat die Große Volksoper zwar die Höhe der Dividende auf 5 Proz. beschränkt und sich so die Anerkennung der Gemeinnützigkeit gesichert. Aber das ändert insofern an ihrem geschäftlichen Charakter nichts, als es eine kleine Gruppe von Aktionären völlig in der Hand hat, durch Ueberstimmung bzw. Ausschaltung der kleinen Aktionäre dem Unternehmen ihren Stempel aufzudrücken. Die Methoden, nach denen die Große Volksoper bisher arbeitete, zeugen davon, was Geistes Kind sie ist.

Es erscheint fast undenkbar, daß ernsthafte Volksworteiler den Wunsch haben, die Große Volksoper in das Haus am Königsplatz einzubringen zu sehen. Tatsächlich hat es übrigens der Landtag auch gar nicht in der Hand, das ehemalige Kroll-Theater der Großen Volksoper auszuliefern. Er könnte allenfalls der Regierung die Mittel verweigern, um den mit der Volksbühne geschlossenen Vertrag zu erfüllen. Aber damit hätte die Große Volksoper noch immer nicht das Haus; die Volksbühne würde es behalten. Die Mitglieder der Volksbühne würden lediglich um die Möglichkeit gebracht, dort die Vorstellungen der Staatsoper zu sehen. Das wäre nicht nur eine schimpfliche Ungerechtigkeit, sondern geradezu ein Wahnsinn. Aber eben deshalb möchte man hoffen, daß der Landtag vor einer solchen Taktik zurückzusehen wird. Der Großen Volksoper mag, soweit es möglich ist, geholfen werden, im Theater des Westens zu bleiben oder sich ein anderes Haus zu sichern: Das Theater am Königsplatz muß dem Zweck geweiht bleiben, für den es von der Volksbühne mit unendlichen Opfern hergerichtet wurde: der Vermittlung von Vorstellungen der Staatsoper an die 150 000 Menschen, die der Verein Volksbühne umfaßt.

Veränderungen im Berliner Opernleben? In Berliner Theaterkreisen sind seit einiger Zeit sensationelle Gerüchte verbreitet, die jetzt auch in einem Teil der Presse Aufnahme gefunden haben. Danach soll der Intendant v. Schilling als Leiter der Staatsoper zurücktreten, um sich vom nächsten Jahre ab nur noch der Tätigkeit eines Generalmusikdirektors und Dirigenten zu widmen. Der erste Generalmusikdirektor der Staatsoper, Leo Blech, soll, getränkt durch irgendwelche Juridiktionen, ebenfalls von seiner bisherigen Wirkungsstätte scheiden und Direktor des Deutschen Opernhauses werden, und an die Stelle von Blech soll der Oesterreicher Clemens Kraus in den Verband der Staatsoper eintreten.

Wie aus die Generalverwaltung der Staatsoper mittel, wird sie zu diesen Gerüchten „nach Klärung schwebender Fragen“ demnächst offiziell Stellung nehmen.

Bisse im „Zoo“. Ein weinendes Kind, ein freudloses Heiser, bestürzte Mütter oder Erzieherinnen, die die Ansehung eines kleinen Verbandes beobachteten, das ist eine Gruppe, wie man sie in den Zoologischen Gärten nicht selten antrifft. Daß Kinder und auch Erwachsene von den Tieren gebissen werden, kommt immer wieder vor, denn die Versuchung, einen Finger durch das Gitter des Käfigs

## Beamtenhaft und Republik.

Der preussische Innenminister Severing und der Finanzminister v. Richter haben verfügt, daß die Bearbeitung von Personalangelegenheiten künftig nur solchen Beamten übertragen wird, die nicht nur hervorragende Sachkunde besitzen, sondern auch unbedingt zuverlässige Vertreter der republikanischen Verfassung sind. Die Verfügung stützt sich auf einen Beschluß des preussischen Kabinetts, der im vorigen Jahr im Anschluß an eine Landtagsresolution gefaßt wurde. So selbstverständlich derartige Verfügungen sind, so notwendig sind sie auch heute noch. Das zeigen u. a. die Vorfälle im Reichsinnenministerium, in dem noch kürzlich ein Monarchist die Treppe hinauffiel.

## Knillings Gedenkteiler.

Keine Zeit für die Republik — aber für den „Kronprinzen“!

München, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Zu der Gedenkteiler in der Paulskirche in Frankfurt a. M. hatten die Regierungen aller Länder ihre offiziellen Vertreter entsandt mit alleiniger Ausnahme der Regierung Knilling des freistaatlichen Bayern. Heute erfährt man nun die Begründung der Absage, die auf die offizielle Einladung erteilt wurde. Darin heißt es, daß nach Ansicht der bayerischen Regierung und wohl auch nach dem Empfinden der überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes jetzt wirklich nicht die Stimmung und die Zeit dafür gegeben sind, ein solches Fest zu begehen. Diese Begründung bekommt einen pikanten Beigeschmack, wenn man erfährt, daß Herr v. Knilling am Tage der Paulskirchenfeier im Münchener Dom die Festrede zum Geburtstag des ehemaligen bayerischen Kronprinzen anhören mußte. Dafür scheint also in Bayern Zeit und Stimmung vorhanden zu sein.

„Waterländische“ Dolchstöße gegen Reich und Ruhr.

München, 23. Mai. (Eig. Drahtbericht.) „Heimland“, das offizielle Organ der Waterländischen Kampfverbände, nennt in seiner letzten Nummer den Kampf der Reichsregierung um Rhein und Ruhr einen ungeuerlichen Beitrag am deutschen Volke. Der Zweck dieses Betrages sei einzig, den Reinigungswillen des deutschen Volkes abzutöten, der im ungünstigen Verlangen dahin gehe, alle „Novemberverbrecher und die sonstigen Verräter am Vaterlande“ auszutügel. Den Höhepunkt der Verbeugung bildet folgender Satz: „Es wird aber zu einem geradezu freudhaften Spiel um Tod und Leben, die Bevölkerung einer ganzen Provinz bewacht feindlicher Willkür preisgegeben, ohne auch nur im Lande eine Vorbedingung einer Verlesungaktion überhaupt in Angriff zu nehmen.“ Wenn die bayerische Regierung mit der stillschweigenden Duldung solcher Ungehörlichkeiten sagen will, daß derlei Verleumdungen der Reichsregierung mit den Paragraphen ihres Ausnahmezustandes nichts zu tun haben, so muß sie sich die Anklage gefallen lassen, daß sie hinter den Gardinen ihrer Ratgeberordnung mit den bürgerkriegsgezeigten Kampfverbänden gemeinsame Sache macht, und dazu gehört, wie aus den oben angeführten Auslassungen des „Heimlandes“ hervorgeht, auch die Ausschöpfung und das Zerbrechen des deutschen Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr. Der Glaube des Reichskanzlers Cuno, daß Bayern eine der wichtigsten Stützen seiner Ruhrfront sei, wäre damit in einer nur allzu gründlichen Weise zerstört.

## Württemberg gegen die Völkischen.

Stuttgart, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die hiesige Ortsgruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei hat für den 24. Mai eine Versammlung angesetzt, in der Oberst Inglander (München) sprechen sollte. Der Polizeipräsident hat aber im Auftrage des württembergischen Gesamtministeriums den Vortrag Inglanders mit der Begründung verboten, daß durch ihn ein großer Teil des württembergischen Volkes in außerordentliche Erregung versetzt und dadurch die öffentliche Ruhe aufs schwerste gefährdet würde. Außerdem wurde dem Völkischen noch mitgeteilt, daß auch den Herren v. Graefe, Wulle und Henning die öffentliche Vortragstätigkeit in Württemberg bis auf weiteres nicht gestattet sei.

## Das Ziel der Großen Volksoper.

Inermüßlich ist die Große Volksoper Akt.-Ges. in ihrer Wahlarbeit gegen den zwischen der preussischen Staatsverwaltung und der Volksbühne geschlossenen Vertrag über die ehemalige Kroll-Oper. Man sieht dabei vor großen Entstellungen nicht zurück. Aber das hindert nicht, daß die Agitation der Großen Volksoper bei der bürgerlichen Presse lebhaften Widerhall findet.

Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, all die Verdrehungen, die die Große Volksoper u. a. in einer Eingabe an den Landtag beliebt, zu widerlegen. Aber es ist vielleicht angebracht, einmal den letzten Grund aufzudecken und das eigentliche Ziel der ganzen Heße bloßzulegen.

In bürgerlichen Blättern las man wiederholt, der tiefste Grund der Großen Volksoper für ihre Propaganda sei die Gefahr, 1924 das derzeitige Heim, das Theater des Westens, zu verlieren. Tatsächlich läuft der Pachtvertrag der Großen Volksoper mit den Besitzern des Hauses in der Konigsstraße im nächsten Jahre ab. Aber wenn es der Großen Volksoper nur darauf ankäme, sich ein Haus zu sichern, so gäbe es doch noch andere Wege als die „Eroberung“ des umgebauten Kroll-Hauses. Warum soll gerade die Volksbühne um der Großen Volksoper willen die Leidtragende sein? Man verlangt vom Landtage, daß er hier einen einwandfrei abgeschlossenen Vertrag annullieren solle. Wenn man schon einen Gewaltstreich vom Landtag erwartet, warum beantragt man dann nicht eine gesetzliche Maßnahme oder etwas ähnliches gegen die derzeitigen Besitzer des Theaters des Westens? Ist etwa der Pachtvertrag, den diese mit der Direktion Katter ab 1924 abgeschlossen haben, etwas Heiligeres als der Vertrag zwischen der preussischen Regierung und der Volksbühne? Die dreiweisen Kreise würden es freudig begrüßen, wenn durch ein Enteignungsverfahren oder sonst irgendwie den Gebrüdern Katter das Theater des Westens abgetrieben würde. Diese haben ab 1924 sowieso schon fünf oder gar sechs Berliner Theater. Es wäre ein wirkliches Verdienst, würde ihrem Ausbreitungsbedürfnis eine Schranke gezogen, während es geradezu ein Unglück wäre, wenn es der Volksbühne unmöglich gemacht werden sollte, ihren Mitgliedern künftighin im ehemaligen Kroll-Theater die Vorstellungen der Staatsoper zugänglich zu machen.

Tatsächlich liegen die Dinge aber so: Herr Lange von der Großen Volksoper möchte mit aller Gewalt gerade das Kroll-Haus, weil er sich sagt: Siehe ich erst dort und ist dann die Volksbühne auf Gehde und Verderb an mich gebunden, dann kann mir nichts mehr passieren“. Dann mag der Betrieb stillstehen oder nicht, — der Staat als Besitzer des Hauses, als ursprünglicher Vertragspartner der Volksbühne, und dieser gegenüber aufs tiefste verpflichtet, wird dann gar nicht anders können, als daß er den Betrieb der Großen Volksoper kauft, die Defizite deckt usw. Herr Lange, ein ungewöhnlich tüchtiger Geschäftsmann, will sich und seinen Betrieb aller Sorgen erheben: Das ist das eigentliche Motiv der strupellosen Bemühungen um den Einzug in das Haus am Königsplatz!

Man wird es Herrn Lange nicht verdenken können, wenn er auf diese Weise sein Schiffchen ins Trockene bringen möchte. Eine

zu stecken, oder in unvorsichtiger Weise die Insassen des Zoo zu reizen, ist zu groß. Allerlei Erfahrungen, die er mit diesen Tieren im Londoner Zoo gemacht hat, erzählt Leslie G. Mainland in einem Blatt. Tatsächlich beiß alles Lebendige manchmal, mit Ausnahme der Goldfische in ihren Glasbehältern, und je rächer man die Hand zurückzieht, desto schlimmer wird die Wunde, die man davonträgt. So hat einer der Wärter eine außerordentlich schmerzhaft und gefährliche Wunde von dem Schnabel einer Gans erhalten. Tiere, die des Weizens überführt sind, werden bestraft; sie kommen nämlich in ein einfaches Haus, das nicht beschützt werden darf. Aber es genügt nicht irgendeine bloße Anklage eines verärgerten Besuchers, um das Urteil über diese Verbrecher der Tierwelt zu fällen, sondern es wird genau nachgeprüft, ob das Tier wirklich eine Schuld trifft, ob es nicht vorher besonders gereizt worden ist. Bestimmte Weiser werden, bevor man sie in die Verbannung schickt, durch Warnungstafeln gekennzeichnet. Ein gefährlicher Affe erhielt z. B. zunächst eine Tafel: „Eltern werden besonders ermahnt, die Kinder von dem Gitter fernzubehalten“. Als aber trotzdem der Affe sich immer neue Opfer unter der ihm umgebenden Kinderbesatzung, wurde kein Käfig mit der Aufschrift bedacht: „Dies Tier ist außerordentlich gefährlich“. Der Biß eines Affen kann sehr schmerzhaft sein, ist aber nichts gegen den Biß einer Hyäne, die glücklicherweise nur selten von den ungebildeten Kräften ihres Käfers Gebrauch macht. Dieser Gastkaffee jermalmst die dicksten Ochsenknochen so leicht, wie wenn sie Butter wären. Auch mit Giraffen darf man sich nicht einlassen, doch ist ihr Biß viel weniger zu fürchten als ein Stoß mit den stumpfen kleinen Hörnern, die ihre fürchtbarste Waffe sind. Im Londoner Straßenhaus ist ein tiefes Loch in einem hölzernen Pfeiler zu sehen, das durch eine Glasplatte geschützt wird. Daneben steht angeschrieben, daß dies Loch von einer Giraffe gestossen wurde, die mit ihrem Horn ihren Wärter treffen wollte. Sogar die Gazellen, deren Anmut und Lieblichkeit die Dichter rühmen, können mit ihren Zähnen manchen Unheil anrichten, und die Wärter, die sie füttern, müssen sich vor ihnen in Acht nehmen. Nicht einmal im Reptilienhaus ist man vor Bissen sicher; die großen Kröten haben starke Zähne, von denen sie Gebrauch machen, wenn sie gereizt werden. Freilich traut sich an diese Kröten kein Besucher heran. Und selbst bei Insekten ist man vor Bissen nicht sicher, denn es gibt manche, die erlauchten starke Beißvorrichtungen haben und schon ihren Pflegern Verwundungen zugefügt haben, die der Laie für ganz unmöglich halten würde“.

In der Volksbühne, Theater am Königsplatz, in Krollhaus Velle mit Gehlag, Der Herrliche in Vorbereitung, Regie: Julius Zsch.

Preis Höhe - Hamburg ist als Vorleser für methodische Bücher an die Akademie für Kircheng- und Schulmusik beauftragt worden.

Die russischen Eisenfunde. Professor J. J. Reichert, hat neue Bohrungen in einer Tiefe von 300 Metern im Gouvernement Kuznetsk im Uralgebirge, die bisher erfolglos verblieben. Der hohe Prozentsatz an Eisen in den Funden bestärkt die Vermutung.

Ein Volk, das zur Hälfte auswandert. In Karpatenrußland hat in der letzten Zeit ein Auswanderungsboom eingelegt. Der große Prozentsatz an männlichen und jungen Weibchen zu emigrieren droht. Eine Statistik stellt fest, daß bereits auf je 200 Einwohner Karpatenrußlands ein Auswanderungsflüchtling entfällt.



# Kommunistenkrawalle im Ruhrgebiet.

## Zahlreiche Tote und Verwundete. Die Gewerkschaften gegen die Kommunisten.

Dortmund, 23. Mai. (WZB.) Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter, Abteilung Bergbau, und die Polnische Berufsvereinigung erlassen einen Aufruf an die Bergarbeiter, in dem es heißt, durch eine systematische Zerschlagungsarbeit russischer Spione werde versucht, die Kraft der Gewerkschaften und Organisationen zu schwächen. Durch die nicht abbrechenden Unruhen werde die einheitliche Kampffront der Bergarbeiter verhindert. Durch Hundertschaften, die angeblich die Reaktion von rechts bekämpfen sollen, werde die Freiheit der Arbeiter behindert. Die organisierten Arbeiter beugen sich nicht unter das Joch des Grubenkapitals und nicht unter das Joch des französischen Militarismus. Jetzt sollen sie sich unter das Joch der kommunistischen Hundertschaften beugen. In Frankreich und Italien sind die Organisationen fast völlig zerstört. Dort herrscht der Faschismus als Ergebnis des Kommunistenkampfes. Vor allem aber werden die Geschäfte der französisch-belgischen Gewaltpolitik und der Militärs durch die Kommunisten besetzt.

Geiseltkirchen, 23. Mai. (WZB.) Die Unruhen dauern an. Die Kommunisten haben das Polizeipräsidium besetzt und auf dem Gebäude die rote Fahne gehißt. Bei dem Sturm wurde Feuer an das Polizeipräsidium gelegt. Die Kommunisten stürmen jetzt einzelne Wirtschaften und Läden. Die Franzosen verhalten sich vollkommen unfähig. Nach den bisherigen Feststellungen wurden bei den heutigen Unruhen fünf Personen getötet und 50 verwundet. Von den kommunistischen Verwundeten sind ungefähr die Hälfte Personen, die von außerhalb nach Geiseltkirchen gekommen waren, um die proletarischen Hundertschaften zu verstärken.

Dortmund, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Gestern abend zog im Anschluß an eine Verammlung der Streikenden eine viel-tausendköpfige Menge zum Steinplatz und versuchte die nur schwach besetzte Polizeiwache zu stürmen. Die Beamten wurden hart bedrängt, konnten jedoch, als Verstärkung eingetroffen war, mit der Schußwaffe die Menge zurückdrängen. Gegen 11 Uhr nachts war die Ruhe im allgemeinen wieder hergestellt. Bei diesem Zusammenstoß hatte die Polizei 5 Verletzte, die Demonstranten, soweit feststellbar, 3 Tote und 23 ins Krankenhaus eingelieferte Verletzte. Nachts wurden von der Polizei die Kreuzungen der

Hauptstraßen besetzt und mehrfach Ansammlungen auseinandergetrieben. Heute morgen wurden erneute Ansammlungen von verschiedenen Stellen der Stadt gemeldet. Für den Tag sind sechs kommunistische Versammlungen mit dem Thema „Was steht bevor? Was gibts zu tun?“ angekündigt.

Der Schacht Neu-Jeserloh bei Büdingen ist heute morgen von Kommunisten besetzt worden. Die Belegschaft wurde von ihrer Arbeitsstelle vertrieben. Die Streiklage ist heute morgen in der Eisenindustrie, für die gestern Verhandlungen in Witten begonnen haben, unverändert. Die Lüge im Bergbau ist günstiger. Auf der Zeche „Tremonia“ wird zur Hälfte gearbeitet. Auf „Scharnhorst“ sind von 950 Arbeitern 110 eingeschoben. Auf „Gneisenau“, „Hardenberg“, „Hansa“ und „Dorfteich“ wird voll gearbeitet. Neu in den Streik getreten sind Teile der Belegschaft der Zeche „Bruchlage“. Die Stellung der Polizei ist durch den Zugang auswärtiger bewaffneter Hundertschaften der Kommunisten bedrohlicher geworden. Unter den im Laufe des gestrigen Tages verhafteten und nach Frankenberg eingelieferten Verletzten sind u. a. solche aus Geiseltkirchen und Berg-höfen festgesetzt. Die Ruhestörer sind zum Teil mit Schusswaffen — Gewehren und Karabinern — ausgerüstet.

Dortmund, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die von den Streikenden für heute angekündigten Versammlungen fanden im Laufe des Nachmittags auf dem Marktplatz, dem Hansaplatz und in dem daneben liegenden Reinoldsbhof statt. Zu ersteren Zwischenfällen ist es dabei nicht gekommen. Nach Schluß der Versammlungen bildeten sich im Norden der Stadt, wo gestern die Kämpfe stattgefunden hatten, wieder Menschenansammlungen. Über auch dabei ist es bis in die Abendstunden ohne Zusammenstöße abgegangen.

Dortmund, 23. Mai. (WZB.) Die Streiklage in Dortmund ist unverändert. Heute nachmittags fanden auf dem Hansaplatz Massenversammlungen der Kommunisten statt, in denen zur rest-losen Durchführung des Streiks aufgefordert wurde. In der Stadt ist es jetzt im übrigen ruhig. Die von den Gewerkschaften mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Neue Verhandlungen finden in den nächsten Tagen statt. Auch im Bochumer Bezirk sind einige Zechen in den Zustand getreten. In Geiseltkirchen kam es im Laufe des Tages zu Unruhen und Plünderungen, die von der Feuerwehr und dem Selbstschutz (!) zu verhindern versucht wurden. Es soll bei den Zusammenstößen einige Tote und Verwundete gegeben haben.

## Curzon bleibt Außenminister.

London, 23. Mai. (WZB.) Reuter bestätigt, daß Lord Curzon Minister des Äußeren bleibt.

London, 23. Mai. (WZB.) Wie gemeldet wird, macht die Neubildung des Ministeriums Fortschritte. Baldwin erklärte heute nachmittags, er hoffe, sein Kabinett bis Freitag zusammengestellt zu haben. Vier endgültige Ernennungen stehen fest. Es bleiben Lord Curzon Außenminister, Lord Derby Kriegsminister, Hoare Luftfahrtminister und Wilson Hauptleutnant. Den Wählern zufolge wird angenommen, daß Sir Robert Horne, der morgen in London zurückkehrt wird, Schatzkanzler werde. Lord Robert Cecil, dessen Name ebenfalls im Zusammenhang mit einem ministeriellen Posten genannt wurde, hatte heute eine lange Unterredung mit Baldwin in Downing Street. Wie verlautet, wird Montag mittag im Hotel Cecil eine Zusammenkunft der Unionistischen Partei stattfinden, auf der wahrscheinlich Lord Curzon den Vorsitz führen wird. Es wird gemeldet, daß folgender Telegrammwechsel zwischen den Premierministern Großbritanniens und Frankreichs stattgefunden habe:

Baldwin an Poincaré: Ich habe die aufrichtige Hoffnung auf die Fortdauer der herzlichen Beziehungen, die zwischen den beiden Ländern bestanden worden sind, sowie auf die Aufrechterhaltung der Entente, die das gemeinsame Ziel der beiden Regierungen ist.

Poincaré an Baldwin: Ich kann die Versicherungen erneuern, daß die französische Regierung wünscht, herzlich mit Ihnen zusammenzuarbeiten bei der Förderung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Allianz zwischen beiden Ländern.

## Der Konflikt mit Rußland.

London, 23. Mai. (Reuter.) Auf dem Foreign Office hatten heute nachmittags Curzon und Krassin eine Zusammenkunft, wobei letzterer die Antwort der Sowjetregierung auf die britische Note überreichte.

## Lloyd George gegen Baldwin.

Paris, 23. Mai. (ZU.) Nach dem „Petit Parisien“ hat Lloyd George gestern abend in Wales eine große Rede gehalten, in der er unumwunden gegen die Regierung Stanley Baldwin Stellung nahm und einen Aufruf zur Vereinigung der beiden Flügel der liberalen Partei erteilte. Lloyd George sagte weiter: Das wurde und triumphierende Frankreich ist mächtiger denn je auf dem europäischen Kontinent infolge der Niederlage seiner Feinde. Deutschland ist durch den Sturz, den es von einer so großen Höhe getan hat, betäubt und aus der Fassung gebracht. Dieses Land, das sich kraft- und ziellos bewegt, weiß nicht, was es anfangen soll. Aber unser größtes Unglück ist, daß es seit Bismarck keine großen Staatsmänner hatte. Für ein Land, das sich in Not befindet, ist das gerade eine Katastrophe. Als Deutschland durch Napoleon I. erniedrigt wurde, hatte es des Glück, Staatsmänner erster Ordnung zu besitzen, die an seinem Wiederaufbau arbeiteten. Glücklicherweise bewahrt England seine Ruhe, und es wird durch Festigkeit und Klugheit die Welt retten. Nachdem Lloyd George die auswärtige Politik Bonar Law's (les: Curzon's. Red.) kritisiert hatte, gab er die Erklärung ab, daß er sich jetzt der neuen Regierung gegenüber die Pflichten eines Ministers sehe, die er und die Mitglieder seiner Partei gegenüber der Regierung Bonar Law eingegangen waren.

London, 23. Mai. (Eca.) Lloyd George sagte in Mansfield u. a.: Deutschland habe im Jahre 1922 ständig seinen guten Willen bewiesen. Er bedauere die gesonderte Stellungnahme Frankreichs. Trotzdem diese Rede gehalten wurde, bevor die Generalkonferenz Baldwin's öffentlich bekannt war, steht man in Londoner politischen Kreisen in dem Satz „er werde keine Regierung ohne Freund kritisieren“, ein Anzeichen dafür, daß Lloyd George der neuen Regierung gegenüber bedeutende Vorbehalte machen und versuchen wird, die Linke des Unterhauses zu einer energiegelassen Opposition gegen die Regierung zu sammeln.

Diese Rede soll Baldwin's Streben nach Einigung der konfessionellen Partei besonders angefeuert haben.

## Belgisch-französischer Reparationsplan?

Brüssel, 23. Mai. (Eca.) Theunis und Caspar werden am nächsten Sonntag nach Paris kommen, wo sie nach am gleichen Tage mit Poincaré eine Unterredung haben werden. Sie werden von ihren Kabinettschefs begleitet sein. Die Unterredung wird sich ausschließlich um die Ruhraktion und die Reparationsfrage drehen. Es ist wahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit ein gemeinsamer französisch-belgischer Reparationsplan ausgearbeitet wird. Auf alle Fälle haben die belgischen Mi-

nister die Absicht, auf diese Ausarbeitung zu drängen. Belgien wird dabei u. a. den Standpunkt vertreten, daß der in London festgesetzte Anteil Belgiens in Höhe von 8 Prozent der ersten 50 Milliarden, d. h. also 4 Milliarden Goldmark für Belgien ungenügend ist, wenn endgültig auf die restlichen 82 Milliarden verzichtet werden sollte oder wenn deren Bezahlung von der Regelung der Kriegsschulden abhängig gemacht werde, woran Belgien nicht so interessiert sei, wie beispielsweise Frankreich, dessen Kriegsschulden durch den Versailles Vertrag annulliert bzw. Deutschland zur Last gelegt worden sind. Belgien werde darum eine Abänderung der in Spa festgesetzten Prozentsätze fordern, um so mehr, als die abgezinsten vier Milliarden die belgischen Wiederaufbaukosten nicht decken werden, wie dies für den französischen Anteil an den Obligationen A und B tatsächlich der Fall ist. Ferner fordert Belgien, daß die Frage der während des Krieges zum Zwangskauf in Belgien eingeführten Waren in einer alliierten Konferenz behandelt werde. Was die Ruhraktion anlangt, werde Belgien voraussichtlich neue scharfe Maßnahmen vorschlagen, um die Befehle möglichst produktiv zu gestalten. Die Unterredungen mit der französischen Regierung werden sich wahrscheinlich über Sonntag und Montag erstrecken.

## Deutsch-polnische Repressalien.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Seit Wochen kann man fast täglich in den deutschen Zeitungen Pöfens und Polnisch-Beischreien lesen, daß ein Reichsdeutscher ausgewiesen wurde, und zwar als Repressalie gegen die Ausweisung eines Polen aus Deutschland.

Derartige Repressalien gegenüber Personen, die selbst nichts verschuldet haben, sind an und für sich etwas Barbarisches. In Vorkriegszeiten war in Kulturstaaten die Voraussetzung der Ausweisung eines Ausländers, daß er sich lästig gemacht habe, worunter man im allgemeinen verstand, daß der Ausgewiesene sich gegen Recht und Gesetz des Staates, in dem er Gast war, vergangen haben mußte. Auf dieser Basis wurden auch die Verhandlungen geführt, die vor einigen Wochen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wegen wechselseitiger Ausweisungen oder Repressalien stattgefunden und zu einer Verständigung geführt haben.

Deutschland und Polen sitzen seit dreiviertel Jahren an einem Verhandlungstisch. Polen benutzt in so vielen heißen Fragen bei den Dresdener Verhandlungen die Verhandlungsmöglichkeiten nicht und trifft zugleich im eigenen Lande gegen das Deutschland polnischer und deutscher Staatsangehöriger Maßnahmen, die geradezu eine

## Sabotage ehrsüchtiger Verständigungsabsichten

bedeuten. Freilich liegt diese Sabotage gerade im Sinn des polnischen Chauvinismus, und der Wojewode Brestli in Thorn läßt es sich besonders angelegen sein, durch antideutsche Terror bei den Gewaltigen dieses frankhaften Chauvinismus lieb Kind zu machen. Die Macht des chauvinistischen Wobs innerhalb und außerhalb des polnischen Parlaments ist es letzten Endes, die eine zivilisierte und gerechte Ausgleichung in Konflikten für die polnische Regierung so überaus schwer macht. Das Schlagwort

## „Entdeutschung der polnischen Westmarken“

das selbst der Ministerpräsident Sikorski sich zu eigen gemacht hat, beherrscht die polnischen Parteien bis weit in die Linke hinein.

Ob Deutschland oder einzelne reichsdeutsche Länder zu den polnischen Repressalien durch ungerichtete Ausweisung polnischer Staatsangehöriger einen formellen Vorwand gegeben haben, ist bei dieser Lage der Dinge eine untergeordnete Frage. Es ist nicht zu leugnen, daß so manche nachgeordneten Stellen sich von gewissen Traditionen der wilhelminischen Zeit nicht freimachen, und daß infolgedessen ausführende Organe sich bisweilen Mißgriffe haben zuschulden kommen lassen. Aber bei den Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger dürften als Gründe meist tatsächliche Verstöße gegen die Reichsordnung des Aufenthaltsgesetzes vorliegen, insbesondere illegale Einwanderung, während die polnischen Maßnahmen sich gegen Unbescholtene richten. Das ist ein unhaltbarer Zustand, dem man es auf jeden Fall an Ende zu machen demüht sein muß. Bei autem Willen auf polnischer Seite wäre dies auch auf dem Wege der Verständigung möglich, freilich nur für eine polnische Regierung, die sich nicht von der Gasse regieren läßt.

Der interparlamentarische Weltkongreß wird in Kopenhagen im August abgehalten werden. Es sind Teilnehmer aus 25 Staaten angewendet. Allein Belgien macht noch Schwierigkeiten; eine dortige Gruppe will nicht mit deutschen Parlamentariern zusammenarbeiten.

Zwarisch Heber-Janus. Ein Veler macht uns aufmerksam, daß der altindische Gott Janus auf jeder Seite ein anderes Gesicht zeigte. — während die geistige Note Janus auf der selben Seite zwei Gesichter hat, eins: „Werte Genossen“ — das andere: „Schwarzrotgelbe Faschisten“.

# Wirtschaft

## Das Fiasco des Preisabbaues.

Uns wird geschrieben:

Daß die Stützungsaktion der Reichsbank eine entsprechende Senkung der Warenpreise nicht zur Folge gehabt hat, ist allgemein bekannt. Wie stark jedoch das Verhältnis zwischen einer Reihe von Preisen und der Dollarentwicklung gewesen ist, kann man aus den Preisen und auch aus den Indeziffern nur schwer erkennen. Man erhält ein klareres Bild, wenn man Warenindez und Dollarkurs zu einander in Beziehung setzt. Das ist auch, von diesem besonderen Zwecke abgesehen, zur allgemeinen Beurteilung der Warenentwicklung angebracht.

Unser gesamtes Preisniveau wird durch den Wert der Mark im Ausland beeinflusst. Die Wirkung des Dollars auf die Warenpreise ist jedoch durchaus nicht gleichartig. Das Tempo, in dem sich Änderungen des Dollarkurses auf dem Warenmarkt auswirken, ist nicht nur zeitlich verschieden, sondern weicht auch zur selben Zeit auf den verschiedenen Warenmärkten sehr stark voneinander ab. Deshalb ist es zweckmäßig, für den Teuerungsinde des Reiches eine Hilfsberechnung zu machen und die Indeziffern umzurechnen auf den Dollarkurs. Man setzt die Dollarkurs-Verteuerung des betreffenden Monats oder bei den Stützungsindez des betreffenden Tages gleich 100 und berechnet nun, wie weit die Dollarkursverteuerung sich in den einzelnen Preisgruppen auswirkt hat. Das ist bei den Indeziffern des Statistischen Reichsamtes besonders ergiebig, da der amtliche Großhandelsindez außer der üblichen Einteilung nach Warenklassen die sämtlichen Preise noch einmal in erstens Rohstoffe und Lebensmittel und zweitens Inland- und Einfuhrwaren teilt. Führt man diese Berechnung für das ganze Jahr 1922 durch, so sieht man, wie der Anteil der Preise an der Dollarkursverteuerung jeweils in den Monaten starken Marksturzes sinkt, um in den Zeiten der Stabilität zu steigen. Die Ziffern der Monate Mai und Juni 1922, in denen die Mark leidlich stabil war, geben dann für jede Gruppe die Höchstziffern, bis zu der die Dollarkursverteuerung sich auswirkt kann. Setzt man diese Umrechnung für das Jahr 1923 fort und stellt dabei wegen der starken Bewegung des Dollarkurses die Stützungsindeziffern, so kommt man zu dem Ergebnis, daß am 15. Februar, kurz nach dem Beginn der Stützungsaktion, fast sämtliche Preise, mit Ausnahme der Lebensmittel, eine außerordentliche Verteuerung gegenüber dem Jahre 1922 und vor allem auch gegenüber dem Januar zeigen, und zwar eine außerordentliche Verteuerung, auch wenn man die Geldentwertung berücksichtigt. Bis zum nächsten Stichtag sanken die Preise etwas, immerhin standen in den folgenden Wochen nur die Lebensmittel unter dem üblichen Niveau. Die Industrierohstoffe dagegen sanken nur unbedeutend. Während bei ihnen im allgemeinen die Dollarkursverteuerung sich mit 80 bis 90 Proz. auswirkte und in den Monaten April bis Juni 1922 mit 100 bis 110 Proz., bewegten ihre Preise sich für die Stichtage 5. März bis 15. April auf 140 bis 155 Proz. Gegenüber dem Höchststande im verfloffenen Jahr ist das in Goldmark eine Verteuerung um 50 Proz. gegenüber dem üblichen Stande und auch gegenüber dem Januar 1923 eine Verteuerung um 80 Proz. Diese Verteuerung ist nur zum geringen Teil auf eine Verteuerung der Einfuhrwaren zurückzuführen. Bei ihnen wirkte sich der Dollar zwar am 15. Februar mit 170 Proz. aus. Die Einfuhrwaren sanken dann auf 130 Proz. gegenüber 125 Proz. im Mai und Juni 1922. (Die Dollarkurswirkung bei den Einfuhrwaren muß normalerweise über 100 liegen, da ja auf dem Weltmarkt mit einer Warenverteuerung um rund 50 Proz. zu rechnen ist.) Das Steigen des Dollars in den letzten Wochen ergab für die letzten drei Stichtage ein gleichmäßiges Sinken, jedoch für den 15. Mai das Verhältnis der Warenpreise zum Dollar ungefähr dem allgemeinen Verhältnis des verfloffenen Jahres entspricht und überall erheblich unter den Höchstzahlen von Mai und Juni 1922 liegt.

Die Warenpreise sind wie üblich nicht dem raschen Sturz der Mark gefolgt, und wir verdanken dem jetzt wieder ein leidlich normales Verhältnis der Warenpreise zur Dollarkursverteuerung. Es muß jedoch der jegliche Moment benutzt und mit aller Kraft verhütet werden, daß die rasche Anpassung der Preise an den Dollar, wie sie im Februar stattgefunden hat, in nächster Zeit sich wiederholt. Das Wirtschaftsministerium, das sich unter der Führung seiner neuen Leiter, Beder und Trendelenburg, wirklich nicht durch Ideen auszeichnet und bisher vom Erbtisch ihrer Vorgänger gelebt hat, hat in seinen einzigen Gedanken produziert, die Lohnstabilisierung als Mittel der Preisstabilisierung. Die Darlegungen zeigen, daß diese Lohnstabilisierung für Deutschlands Exportfähigkeit vollständig unerheblich und nutzlos war, da die kolossale Preissteigerung in Goldmark gerechnet Deutschlands Export unterbinden mußte und damit auch der Eindeckungskonjunktur ein Ende bereitere. Mit der Lohnstabilisierung hat das Wirtschaftsministerium lediglich der Arbeiterschaft einen Niefenschaden zugefügt ohne der Gesamtheit zu nützen. Es wäre jetzt an der Zeit, dieses Unrecht dadurch wieder etwas gutzumachen, daß das Wirtschaftsministerium die öffentliche Meinung gegen die Organisationen mobil macht, die in der kritischen Zeit ihre Rohstoffpreise auf 50 bis 100 Proz. über den Rohstoffpreisen des Jahres 1922 gehalten haben. Alles allgemeine Gerede über die Preisstabilisierung der Kartelle und Syndikate bringt uns nicht einen Schritt weiter. Nur die Anprangerung der Schuldigen kann uns helfen, und diese Anprangerung kann mit dem nötigen Erfolg und der nötigen Sachkunde nur das Wirtschaftsministerium vornehmen, von dessen Preisprüfungsabteilung man ja in letzter Zeit nur gehört hat, daß sie abgebaut wird.

Abbau des Reichswirtschaftsrats. Der Reichstag hat bekanntlich den Haushalt des Reichswirtschaftsrats um 30 Proz. gekürzt. Infolgedessen ist der Reichswirtschaftsrat gezwungen, einen Teil seiner Einrichtungen abzubauen und eine Reihe seiner Angestellten zum 1. Juli zu entlassen. Die in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Spitzenverbände sind vom Vorstand des Reichswirtschaftsrats ersucht worden, einen Teil der Angestellten, die ohne ihr Verschulden Stellenlos werden, zu übernehmen.

Die Schwierigkeiten des russischen Petroleumabfahes. Im sowjetrussischen staatlichen Planausfluß wurde festgestellt, daß der Abfall im Inlande gegen die Vorkriegszeit stark gesunken ist und daß von dem vom Rappithophthalat für das laufende Wirtschaftsjahr (bis 1. Oktober) dafür in Aussicht genommenen 340 000 Tonnen bisher nur 220 000 Tonnen abgesetzt worden seien. Dies sei einerseits auf die mangelnde Kaufkraft der Bevölkerung, das Fehlen eines leistungsfähigen Handapparats in der Brauerei und den Mangel an erforderlichen Heiz- und Beleuchtungsgeräten, andererseits auf die hohen Transporttarife und Verbrauchssteuern zurückzuführen. In bezug auf Benzin habe sich die Lage des inneren Marktes etwas gebessert, dagegen werde der Abfall von Schmierölen durch den Gebrauch von minderwertigen, aber billigeren Surrogaten beeinträchtigt. Beim Abfall nach dem Auslande seien Erfolge zu verzeichnen.

Dollarkurs. Unserer gestrigen Kursstapel sind noch nachzutragen: 100 österreichische Kronen 77,05 Geld, 77,45 Brief; 1 ungarische Krone 10,17 Geld, 10,23 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 572,56 Geld, 573,44 Brief. 1 Polenmark kostete im freien Verkehr etwa 101 R.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die KPD. gegen die Gewerkschaften.

### Die Union unter der Diktatur.

Beiß sie nicht wachsende kommunistische waren, wurden die Führer der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Hammer und Hermann aus der Reichszentrale ausgeschlossen. Nach einer Erklärung in der „Union“ sind die Beiden zurückgetreten, weil sich tiefgehende Differenzen in der Frage Industrieverbände oder Industrieräte ergeben hätten.

Deutlicher wird das „Ruhr-Echo“. Die „Zurückgetretenen“ hätten sich der Entwicklung der Union, wie sie der letzte Weltkongress festgelegt hat, entgegengestellt und könnten deshalb nicht mehr an der Spitze dieser kommunistischen Sonderorganisation bleiben. „Es wird heute keinem Menschen mehr gelingen, die Union der Hand- und Kopfarbeiter in einem Kampf gegen die Rote Gewerkschaftsinternationale und die kommunistische Partei zu führen, wie es die zurückgetretenen Genossen versucht haben.“

In der „Ruhrgeschichte“ wird über diese „Änderungen in der Stellung der Union“ berichtet. So belanglos das an sich ist, so bezeichnend ist es für die Rolle, die die kommunistische Partei den Gewerkschaften zuteilen beliebt. Es gilt für diese Partei als ganz selbstverständlich, daß die Funktionäre der ihr unterstellten Gewerkschaften selbst in rein tatsächlichen Fragen der Organisation unterliegen müssen.

Umgekehrt liegt die Sache für die Kommunisten in den A.D.G.B.-Gewerkschaften. Hier können sich die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der kommunistischen Partei alle erdenklichen Bestreben leisten gegen die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse, des A.D.G.B., der Verbandsgeneralsammlungen, der Beschlüsse der Haupt- und Ortsverwaltungen, sie werden stets den Beifall der K.P.D. und der „Roten Fahne“ finden. Je toller sie es treiben, um so höher werden sie als Parteimitglieder eingeschätzt.

Wenn die Gewerkschaften aber sich gegen ein derartiges Treiben wehren, wie sie es bei Strafe ihrer Unterjochung unter die kommunistischen Weltkongressbeschlüsse und die bolschewistische Parteiführung für Deutschland in Berlin tun müssen, dann ist das etwas ganz anderes. In derselben Ausgabe der „Roten Fahne“ sind anderthalb Spalten gefüllt mit der ganzen stillosen Entrüstung, in der das kommunistische Blatt gegen die Gewerkschaftsleitungen zu machen pflegt, weil gegen das Mitglied des Metallarbeiterverbandes Michael Niederkirchner — ein Ausschlußverfahren eingeleitet ist. Dafür werden die beiden Beschlüßmächtigen Fiska und Ulrich als Futtertrippensplitter hingestellt, ihnen unterstellt, sie wollten nur ihre bedrohte Existenz retten, weil sie das immer rücksichtsloser aufstrebende kommunistische Parteitreiben in der Berliner Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes nicht mehr länger ruhig mit ansehen können.

Gewiß, wenn es nach der kommunistischen Partei gegangen wäre, dann würde längst Walcher an der „Futtertrippe“ sitzen und mit ihm wahrscheinlich ein ganzer Teil seiner K.P.D.-Genossen. Entweder sind die dem bisherigen Branchenleiter der Kohleleger und Helfer zur Last gelegten Bestreben gegen die Satzungen und Beschlüsse nicht genügend zu begründen, dann muß der Ausschlußantrag abgelehnt werden, obgleich K. Kommunist ist. Ob dann nicht die K.P.D. gegen ihr Mitglied Niederkirchner ein Ausschlußverfahren einleiten müßte, weil er dann gegen die kommunistischen Parteibeschlüsse verstoßen hätte, sei dahingestellt. Oder aber K. hat gegen die für den Deutschen Metallarbeiterverband geltenden Beschlüsse und Satzungen tatsächlich verstoßen, dann müßte er sich von vornherein darüber klar sein, daß er damit die notwendigen Maßnahmen gegen sich herausforderte, trotzdem er eine kommunistische Berliner Parteigröße ist.

Die kommunistische Partei mag beschließen was sie will, die „Rote Fahne“ mag schimpfen und schwindeln so toll sie will, sie werden es niemals dahin bringen, den A.D.G.B.-Gewerkschaften die kommunistische Diktatur aufzuzwingen. Eine Gewerkschaft, die sich das bieten ließe, wäre nicht wert, zu existieren. Nichtkommunistische Gewerkschaftsmitglieder, die sich die kommunistische Parteidiktatur in ihrer ganzen Zweifeltätigkeit aufzwingen lassen, wären wert, in die Union der Hand- und Kopfarbeiter zu kommen. Den Gewerkschaften muß schon noch gefaßt sein, sich gegen die Verwirklichung der kommunistischen Pläne in den Gewerkschaften, gegen die ihnen von der K.P.D. zugegebene Unterdrückung zu wehren. Sie können nicht wohl zuvor die Erlaubnis der K.P.D. und der „Roten Fahne“ dazu einholen. Die Gewerkschaften müssen sich wehren!

## Die „Lohnrente“ der Ledigen.

### Eine kapitalistisch-wissenschaftliche Entdeckung.

Das Stinnesche Tageblatt „Deutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich mitunter auch mit Sozialpolitik. Unlängst konnten wir dort einen erbaulichen Aufsatz über „Lohnpolitik“ lesen, dessen Verfasser als Professor Dr. Adolf Günther, Nürnberg und Erlangen, zeichnet. Der gelehrte Professor meint, daß die familienlosen Arbeiter in der Regel zu hoch bezahlt seien. Aus dieser Tatsache ent-

wickelt er eine Theorie, die es als eine besondere Blüte der kapitalistischen Wissenschaft verdient, mitgeteilt zu werden. Er schreibt u. a.: „Die Gewerkschaften wirken bei der Bestimmung der Schlüssel für die Lohnhöhe als Arbeitnehmervertreter, und während auf dem unkontrollierten, freien Arbeitsmarkt der Lohn häufig — nicht immer — nach dem Betrage der niedrigsten Gefehungskosten der Ware „Arbeit“ tendiert, gelang es den Arbeitnehmervertretern als Mindestgrenze des Lohnes den höchsten Reproduktionsaufwand der Arbeit (beim verheirateten Arbeiter mit großer Familie) durchzusetzen. Es war der aus dem Wirtschaftsleben, soweit in ihm der Kartellgedanke herrscht, bekannte Vorgang, der selbstverständlich auch günstige Wirkungen zeitigte. Wer aber nun niedrigere Gefehungskosten seiner Arbeit aufweist, wie z. B. der jugendliche Arbeiter, hat alsdann bei gleichem Geldlohn einen oft sehr erheblichen tatsächlichen Vorsprung voraus, und der ihm mühelos zufallende überschüssige Lohnanteil ist als Differentialgewinn der Grundrente verwandt und gleich ihr monopolistischen Ursprungs. Mag es auch für den einzelnen, gemessen an manchen Kapital- und Unternehmereinkommen, keine große Summe sein: in ihrer Gesamtheit belasten diese „Lohnrenten“ (wenn der Ausdruck erlaubt ist) doch die Produktionskosten der Unternehmungen in einem hohen Maße und leisten ihren Anteil an Teuerung, Geldentwertung und Inflation.“

So Herr Professor Günther, der hierzu noch bemerkt, daß der sogenannte Soziallohn, d. h. die Lohnzuschüsse nach Frau und Kin-

## POSTABONNENTEN

Der Vorwärts ist jetzt monatlich zu bestellen und zu bezahlen. Wer auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des Vorwärts legt und eine Unterbrechung der Zustellung vermeiden möchte, muß die Erneuerung des Postbezuges sofort bei seinem zuständigen Postamt vornehmen. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

der, indem sie durchschnittlich nicht mehr als 10 Prozent des Lohnes darstellen, ohne Belang sind und die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht beeinflussen.

Was will der Herr Professor sagen? Will er mit seinen gewundenen Ausführungen nur soviel behaupten, daß die Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisationen ihre Lohnverhältnisse bessern können? Das spricht er zwar die Wahrheit, aber gleichzeitig auch einen Gemeinplatz aus. Es ist eine Tatsache, daß der Zusammenschluß der Arbeiter in Organisationen es ermöglicht, ihr schweres Schicksal erträglicher zu machen, so unangenehm dieser Zustand auch dem Herrn Professor erscheinen mag. Wenn er aber sagt, daß es den ledigen Arbeiter auf diese Weise gelungen ist, „den höchsten Reproduktionsaufwand der Arbeit (wie er sich beim verheirateten Arbeiter mit großer Familie darstellt) durchzusetzen“, so ist dies eine bewusste Lüge. Der Reichsminister für die Lebenshaltungskosten bezieht sich zwar nicht auf den ledigen Arbeiter, sondern auf eine mittelgroße Familie, der Herr Professor müßte aber genau wissen, daß die Lohn-erhöhungen bei sämtlichen Kategorien der Arbeiter seit Jahren wesentlich unter der Steigerung der Lebenshaltungskosten geblieben sind, daß der Reallohn auf der ganzen Linie sehr beträchtlich zurückgegangen ist. Es steht also nicht so, daß der ledige Arbeiter zuviel (mehr als den zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendigen Aufwand), sondern, daß der verheiratete zu wenig erhält. Das Unersornteste an dieser Darstellung ist jedoch, wenn der Herr Professor das Arbeitseinkommen des ledigen Arbeiters in dem nach seiner Auffassung überschüssigen Teil als eine Rente ansieht, die sich ähnlich der Grundrente darstellt. Die Rente ist der Spezialausdruck für arbeitsloses Einkommen, und selbst von Kaufleuten oder Industriellen, wenn sie Konjunkturgewinne — selbst monopolartige — einheimen, wird nicht behauptet, daß sie dadurch eine „Rente“ empfangen. Den schwer erarbeiteten Lohn des Arbeiters aber als einen der Grundrente ähnlichen Gewinn anzusehen, dies müssen wir bei all unserem Streben nach Sachlichkeit und ruhigem Ton als unerschämte Bezeichnung.

## Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Ankündigung wird gemeldet: Ueber eine Vorlage zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beriet am 1. Mai der Reichsrat. Die seit April geltenden Höchstsätze werden mit Wirkung vom 14. Mai um ein Drittel erhöht. Eine entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministers wird alsbald veröffentlicht werden.

## Neuer Lohnabschluß in der Ledertwaren-Industrie.

Durch Verhandlungen ist der Lohn für Portefeuliers, Täschner, Koffermacher, Sportartikel- und Geschäftstascher für die letzten beiden Monatswochen neu geregelt worden. Er beträgt für Sacharbeiter 1950 M. (2000 M.), für Hilfsarbeiter 1774 M. (1820 M.), Stepperrinnen 1328 M. (1360 M.). Der Lohn für Lehrlinge beträgt pro Woche im 1. Jahr das 4 1/2 fache, im 2. Jahr das 5 1/2 fache, im

3. Halbjahr das 7 fache und im 6. Halbjahr das 7 1/2 fache des Sacharbeiters Lohnes. Die Erhöhung ist generell auf alle bestehenden Zeit- und Akkordlöhne ohne Unterschied des Verdienstes. Die Ausgabe der Tarife erfolgt in der Versammlung bei Vorzug am Donnerstag.

## Der Streik der Konditoren beendet.

Der Tarifstreik im Konditoreigewerbe wurde nach dreitägiger Verhandlung mit vollem Erfolg für die Streikenden beigelegt. Die Zunft hat ihren Standpunkt aufgeben müssen und mit der Organisation einen Vertrag abgeschlossen. Die geforderten Lohnsätze wurden im allgemeinen bewilligt. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen und muß spätestens am Montag früh in vollem Umfange erfolgt sein.

Lohnsatz in der Berliner Metallindustrie. Die Tarife, gültig ab 14. Mai, sind von heute vormittag 11 Uhr ab in der Abteilung Leipzig (Verbandshaus) in Empfang zu nehmen.

Zum Lohnkampf der belgischen Verkehrsbeamten wird uns berichtet: „Für die streikenden belgischen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten und -arbeiter fand am Pfingstsonntag eine Kundgebung besonderer Art statt. Aus dem ganzen Lande kamen die weiblichen Angehörigen der Streikenden in Brüssel zusammen, um in einem mächtigen Zuge durch die Stadt für die Forderungen ihrer streikenden Männer und Söhne zu demonstrieren. Zu Tausenden waren Abordnungen aus dem ganzen Lande mit ihren Bannern erschienen. Der gewaltige Zug bestand nur aus Frauen und Kindern. Die Kundgebung endete mit einer großen Versammlung, in der führende Genossinnen die Parole ausgaben: Den Streik zu erklären, ist Sache der Männer. Durchhalten und Widerstand zu leisten, ist Sache der Frauen. Denn ohne Hilfe der Frauen sind die Männer nicht imstande, ihren Kampf erfolgreich zu Ende zu führen. Unter ungeheurer Begeisterung fand diese erste Veranstaltung belgischer Frauen mit dem Gesang der Internationale ihr Ende.“

Im Streik selbst ist seit Pfingsten eine Entspannung eingetreten. Auf Veranlassung der Streikleitung ist die Arbeit in der Hauptsache, wenn auch zunächst nur landesam, wieder aufgenommen worden, nachdem Kammer und Regierung Zusagen gegeben haben, daß die hauptsächlichsten Forderungen der Streikenden erfüllt werden würden. Diese wollen dem Lande den ungeheuren wirtschaftlichen Schaden, den der Streik verursacht, nicht einen Tag länger, als es im Interesse des Kampfes notwendig ist, zufügen.“

Staats- und Gemeindearbeiter! Die Vermittlung findet nicht am 14. Mai, sondern am 29. Mai statt. Wir bitten die Mitarbeiter, sich dementsprechend einzustellen. Der Fraktionsvorsitzende.

AW-Funktionäre, Metall Arbeiter, Freitag, abends 7 Uhr, im großen Saal des „Deutschen Hof“, Sudauer Str. 15, wichtige Versammlung. Erscheinen bringen notwendig. Funktionäre und Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. Abends 6 Uhr im „Deutschen Hof“ Vortragsabend. Modell- und Fachlehrer. Donnerstag abend 7 Uhr Beachtungsvorstellung im Gefängnis der Schule Weinmeisterstraße 16-17.

## Jugendveranstaltungen.

Kariendahl, Jugendheim Königsplatz. — Kienitz, Jugendheim Kaiser-Friedrich-Str. 3. Vortrag: „Anarchismus und Sozialismus“. — Ostfriesen, Jugendheim Köpferstr. 3. Vortrag: „Acht Jahre“. — Schwandorf, Jugendheim Beute Str. 2. Vortrag: „Die Reichsregierung“. — Wedding, Jugendheim Gemeindefschule Ruheliegstraße. Diskussionsabend: „Fahrtenverhältnisse“.

Verantwortl. für den rebakt. Teil: Ernst Reuter, Hin.-Schöneberg; für Anzeigen: H. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Weltweit“.

## Nicht Cord

allein soll man beim Einkauf fordern, sondern

um den Reifen zu erhalten, der durch seine Geschwindigkeit dauerhaft ist und Betriebsstoff spart, fordere man

# Continental Cord

### Theater, Lichtspiele usw.

**Opernhaus**  
7 Uhr: **Hajazul**  
Josephslegende

**Volkshöhne**  
7 1/2 Uhr: **Und d. Licht schaltet in der Finsternis**

**Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr: **John Gabriel Borkman**  
Theater L. d. Königsgrätz, Str. 8: Wunderl, G. Kapellmeister, Kreisler, Tel. Morgen 8 u. 11 Uhr

**Berliner Th. Madi**  
7.30 Uhr: **Madi**

**Internat. Varieté**  
8 Uhr: **Internat. Varieté**

**Zielka**  
Ecke Leipziger Str. Varieté / Kabarett in Heltors-Spieler u. Margaretenaal Abends 7 1/2 Uhr

**Gr. Interess. Progr. Nachm. u. abends**  
ab 10 1/2 Uhr **Eintritt frei!**

### Deutsch. Opernhaus

Abends 7 1/2 Uhr: **Oberon**  
Friedr.-Wilhelmstr. Th. Tägl. 8 Uhr: **Die blonde Ratte**  
Groß-Volkoper im Theater d. Westens 8: **Don Pasquale**  
Thalia-Theater 8 Uhr: **Diplomat im Dienst**  
Blaue Pyjama etc. Lustspielhaus 8 Uhr: **Die blaue Hawaii**  
Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: **Die Schönste der Frauen**  
Vorwerk ununterbr. Neues Th. am Zoo Täglich 8 Uhr: **Der Leibkutscher des Fridericus Rex**  
Neues Volkstheater 7 1/2 Uhr: **Der tote Tag**  
Renaissance-Theat. 8 Uhr: **Tanz der Geschlechter**  
Schiller-Th. Charl. 8 Uhr: **Die Journalisten**  
Thalia-Theater Täglich 8 Uhr: **Die rot. Katze**  
Th. a. Nollendorfpl. Tägl. 7 1/2 Uhr: **Die schöne Rivalin**  
7 1/2 Uhr: **Der sensationellste Operntexterfolg!**  
Das Königs Nachbarn von Leon Jessel

### Admirals-Varieté

das feinfachste 800 Mal-Programm

**Casino-Theater**  
8 1/2 Uhr: **Die Schöne-Prinzessin**  
Heiraten mußte!

**Waldhalla-Th.**  
7.45 Uhr: **Die Liebe geht um**  
Hans. Hübner, Berlin

**Urania**  
Theater 8 Uhr: **Unter Wilden und wilden Tieren**  
Täglich:

**Central-Theater**  
Tägl. 8 Uhr: **Pottasch u. Perlmutter**

**Theater am Kottbus-Tor**  
Tägl. 7 1/2 Uhr: **Elite-Sänger**  
U. 3. Unser Rhein!

**Reichshallen-Th.**  
Abend 7 1/2 Uhr: **Die Schöne-Prinzessin**  
Sonderpreis 10. halbe Preise

**Sänger**  
Hübner, Berlin!

**Marken-Zigaretten**  
Zigaretten, Tabak, Pfeifen, etc. **Arno Gebner**, Werksstraße 21, Telefon: 2114

### LUNA-PARK

ab 3 Uhr voller Betrieb

### Kunffenerwerk

Außerdem am Sonntag, den 27. Mai

### Einmaliges Konzert

des Wiener Volks-Gesangs-Vereins und der Deutsch-östr. Liedertafel (zugunsten d. östr. Hilfsv., Berlin)

### 2 Parkorchester

**Rennen zu Grunewald**  
Donnerstag, den 24. Mai, nachm. 3 Uhr

### LETTLANDS

einzig große deutsche Morgenzeitung

### Rigische Nachrichten

Organ der demokratischen Deutschbalten

erste Informationsorgan über Volkswirtschaftliche Fragen Lettlands und aller übrigen Randstaaten

Allwöchentlich. Sonder-Ausgabe über Lettlands Wirtschaft, Handel und Industrie

Verbreitetes Insertionsorgan

Redaktion und Expedition: Kleine Königstraße 9, Rigä, Lettland

### Marken- und andere Zigaretten

Bei Ad. Nagel Hermannplatz 6 Moria 5022

### Krause-Pianos zur Miete

Ausbacher Str. 1, 1. u. 2. Stock

### Schokolade

sehr preisw. Sarotti, Stollwerck, Maxlion, Kant u. a. Marken billig!

### Eisen & Diamant

Kaisersstr. 4 Andreasstr. 18

### Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Wilhelm Harnisch** am 21. Mai gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Mai, nachm. 8 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Dammhofs-Gemeinde in Nordend aus statt. Regte Beteiligung wird erwartet. **Nachruf.** Unser Kollege, der Reichsminister **Friedrich Frisch** ist am 14. Mai gestorben. Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

### Brillanten

Gold-, Silber-(Bruch) Platin, Zahngebisse, Zahn 500-1000, Münzen, Doublets, Alpacka, Blattgold, Kristalle, Quecksilber, Photoapparate, Feldstecher, Silberlot kauft

### Kurt Kehlert

Berlin, Lothringers Straße 34

### Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Donnerstag, den 31. Mai, nachm. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelsplatz 24-25

### Generalversammlung

Tagesordnung: Berichtsetzung von den Lohnverhandlungen. Zu dieser Versammlung haben außer den Delegierten auch die Vertrauensleute und Druckereifacharbeiter Zutritt. Ohne Registrierung kein Einlass.

Dienstag, den 5. Juni, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Saal 1), Engelsplatz 24-25

### Versammlung der Ledigen

Tagesordnung: Pianos in die Ferne! Referent: Kollege Martin Reich.

### Achtung!

Der Beitrag beträgt ab 27. Mai 1925 für Vollmitglieder 3200 M., für Gemeindeglieder 2850 M., für Ausländerinnenmitglieder 1/2 des Beitrags (60 M.). Der Beitragsbeitrag und das Eintrittsgeld bleiben unverändert. Der Gauverband.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin - Bureau: Rungelstr. 30.

Donnerstag, den 21. d. M., abends 7 1/2 Uhr, bei Klemm, Finkenstraße 13:

### Versammlung

der Vertrauensmänner und Betriebsräte aller dem Reichsmantelvertrag unterstehend. Betriebe

Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen. Die Mitglieder der Ortsverwaltung treffen sich um 6 Uhr im Nebenraum. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin u. 54, Lindenstraße 93/95. Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Nordend 833 bis 834 und 6592 bis 6595.

### Achtung! Zeilenar. elier Achtung!

Heute, Donnerstag, den 24. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Colat Stargarder Straße 3:

### Branchenversammlung der Feilenarbeiter.

Tagesordnung: Können wir den vom Deutschen Feilenband bewilligten Zulagen unsere Zustimmung geben? Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.



# Mieterrecht und Mieterschutz

## Die Mietervertreter in der Partei.

In der am 16. März im Rathaus abgehaltenen Konferenz, die sich mit der Wohnungsnot und dem Wohnungsbau beschäftigt hat, wurde u. a. beschlossen, daß in der Berliner Parteiorganisation jede Abteilung einen Genossen und einen Stellvertreter für die Bearbeitung der Mieter- und Wohnungsfragen zu wählen hat. Es scheint, daß noch nicht alle Abteilungen diese Wahl vorgenommen haben und den sehr wichtigen Fragen die notwendige Bedeutung schenken. Denn inzwischen haben drei Versammlungen der Abteilungsmitervertreter stattgefunden, in denen jedesmal eine Anzahl Abteilungen nicht vertreten waren. Das ist bedauerlich. Es ist daher notwendig, daß in den Abteilungen, wo diese Wahlen noch nicht vorgenommen wurden, dieselben schnellstens nachgeholt werden, damit bei den kommenden Versammlungen jede Abteilung vertreten ist. Die rein organisatorischen Fragen sind zunächst dadurch gelöst, daß ein geschäftsführender Ausschuß gewählt wurde, dessen Vertreter im Bezirksvorstand Sitz und Stimme hat. In den Kreisen sind die Abteilungsvertreter unter einem Obmann, der im Kreisvorstand Sitz und Stimme hat, zusammenzufassen. Soweit Obleute zu den Kreisvorständen noch nicht gewählt worden sind, haben diese den Zusammentritt der Mietervertreter der einzelnen Kreise zu dieser Wahl zu veranlassen. Nachdem in der ersten Versammlung neben diesen organisatorischen Fragen innerhalb der Partei auch die einheitliche Organisation der Mieter gefordert wurde und diese durch die Bemühungen einzelner Vertreter in dem Zusammenschluß im Bund deutscher Mietervereine, die in Dresden, erreicht ist, wird nunmehr den Parteigenossen empfohlen, die Mieterbewegung in Zukunft mehr als bisher zu unterstützen und Mitglied der Mieterorganisation zu werden. In den bisherigen drei Versammlungen wurden auch die am meisten interessierenden Tagesfragen besprochen. In der letzten Mietervertreterversammlung wurde mit der Kritik an der Stellung des Berliner Magistrats zur letzten Mietfestsetzung (für Mai) nicht zurückgehalten. Die Mietervertreter verlangen mehr Rücksicht auf die Mieter. Auch sei es nicht notwendig, daß der Magistrat sofort vor dem Oberpräsidenten zurückweiche. Ebenso wurde der Ekte Erlaß des Wohlfahrtsministers, der eine bis zum vier- bis fünffachen Betrag gehende Vorschuldung der Miete zuzüht, kritisiert und ausgeführt, daß diesem Erlaß jede gesetzliche Grundlage fehle. Die große Zahl von Mieterfragen, die außerdem angefnitten wurde, zeigt immer deutlicher, daß eine sachgemäße Fortentwicklung des Wissens der Mietervertreter dringend notwendig ist.

## Mieterrecht-Querulanten.

Klagt nicht wegen jeder Kleinigkeit, die im häuslichen Verkehr unter dem Zwange des Mietrechts auch nicht gefällt, sondern ermitte euch! Informiert euch vorher, was bei der Sache bestenfalls herauskommen könnte, und laßt nicht verärgert gleich zum Richter Nicht nachdrücklich genug kann das angeraten werden. Die Kosten des Verfahrens mit allen persönlichen Nebenausgaben sind heute so hoch, daß sie oft den Wert des Streitgegenstandes erheblich übersteigen. Gewiß, man klagt nicht immer um soß wertloses Papiergeld. Das Rechtsempfinden im Volke ist erfreulicherweise noch so groß, daß man viel häufiger sein Recht haben und sich nicht in solcher Ratzen, die überall einen Vorteil herauszufinden suchen, übers Ohr lassen lassen will. Dennoch sollten Bagatelklagen in Mieterrechtsachen möglichst vermieden werden. Die Schuld liegt oft auf beiden Seiten. Es gibt auch in Groß-Berlin viele Häuser, die noch nie das Mietrecht eingehend oder das Amtsgericht bestritten haben. Hier arbeiten vernünftige Hauswirte und vernünftige Mietervertreter Hand in Hand, um alle Schwierigkeiten in Ruhe und Frieden zu über-

winden. Andere wieder sind gefährdete Stammgäste der Mieterrechtsbehörden und fehlen eigentlich nie mit ihrem Namen auf dem Terminzettel, sie haben sich zu echten Mieterrechtquerulanten ausgewachsen. Und wenn sie zehnmal hintereinander abgewiesen werden, zetteln sie gleich hinterher die erste Klage an, nur um dem Gegner keine Ruhe zu gönnen. Man muß sich wundern, wieviel Zeit diese Leute übrig haben. Andere, die Klagen, scheuen den Gang zum Gericht wie das gebrannte Feuer, aber die hier prozessieren um Nichtigkeiten mit wahrer Bonne. In enger Verbindung damit steht die gegenwärtige Sucht, bei Geldsträflichkeiten, die ein ganzes Haus betreffen, sämtliche Mieter, sogar auch noch die Ehefrauen, mit gerichtlichen Zahlungsbefehlen zu überschütten. Vergebens lämpfen die schon genügend mit anderen Dingen überlasteten Gerichte gegen diesen mehr als formalistischen Unfug an. Vergebens predigen sie: „Greift euch doch nur einen einzigen Mieter heraus und wartet die Entscheidung ab. . . . Dann werden die übrigen Mieter wissen, was sie zu tun haben!“ Aber nein, es wird ein ungeheurer Kostenwust zusammengetragen. Der Priester muß an jeder Wohnungstür kirchen, und der Rechtsanwalt verdient an jedem Zahlungsbefehl 800 bis 1000 M. mindestens, obwohl nachher die ganze Geschichte in einem einzigen Termin verhandelt wird. Solche kriegerischen Maßnahmen, die den ausgesprochenen Zweck haben, der Mieterschaft, wenn sie verliert, recht viele Prozentsätze aufzubringen, tragen zur Abschwächung der Gegensätze zwischen den beiden großen Wirtschaftsparteien wahrlich nicht bei.

## Literatur.

**Handwörterbuch zum Reichsmietengesetz.** Begleitet für jedermann. Unter besonderer Berücksichtigung der preussischen Ausführungsbestimmungen herausgegeben von Fritz Diehl, Geschäftsträger des Bundes Deutscher Mietervereine. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Berlin 1923, Selbstverlag, W 50, Lindbacher Str. 10 — 184 Seiten, Ladenpreis (Anfang April) 4500 M. Vorzugspreis für Mitglieder von Mietervereinen und Gewerkschaften 3000 M. Das Buch bringt in lehrreicher Reihenfolge in klarer und gemeinverständlich Sprache eine große Anzahl von Einzelartikeln, die eine reiche Darstellung des Reichsmietengesetzes und eine Erläuterung der einzelnen Begriffe sowie der gesetzlichen Vorschriften enthalten. Die preussischen Ausführungsbestimmungen sind am Schluß eines jeden Artikels gesondert behandelt. Am Anfang ist das Reichsmietengesetz nebst den preussischen Ausführungsbestimmungen sowie die Ausführungsanweisung für die Schlichtungskammern der Stadt Berlin im Wortlaut abgedruckt. Der Verfasser hat im Auftrag des Bundes Deutscher Mietervereine an den jahrelangen Verhandlungen mit der Reichsregierung und den Reichstagsabgeordneten über das Gesetz teilgenommen. Sein Handwörterbuch hat sich als unverlässiger Ratgeber für die mit der Einführung des Gesetzes betrauten amtlichen Stellen, sowie für die Ausführenden der Mietervereine, die Arbeitersekretariate, die Mietervertretungen, für Einigungsamtsvorsitzende, Richter und Rechtsanwälte und auch für den einzelnen Mieter erwährt.

**Reichsmietengesetz und Wohnungsabgabe.** Kommentiertes Handbuch des deutschen Reichs-, Länder- und Gemeinde-Mieterechts auf der Grundlage des Reichsmietengesetzes mit Darstellung der Wohnungsbauwirtschaft auf der Grundlage des Wohnungsbauabgabengesetzes nebst preussischem Grundstückssteuergesetz. Zweite völlig neu geschriebene Auflage von Stadtrat Brumby, 33 S. Grundpreis geb. 3,25 M., geb. 3,75 M. 1923, Industrieverlag Spatz u. Linde, Jahrbuchausgabe für Steuerliteratur, Berlin C. 2. Diese neue Auflage verfolgt gegenüber der ersten ein völlig neues Ziel. Wenn erlitten alsbald nach Verkündung des Reichsgesetzes, bevor die Ausführungsbestimmungen erlassen waren. Anders als das Reichsmietengesetz in der Gestalt der Gesetzgebung, gibt er eine Übersicht über den Stand der Auslegung aller rechtlichen und wirtschaftlichen Streitfragen, die trotz der Fülle des Materials niemals vermehrt und den Leser alsbald das finden läßt, was er sucht. Fortgelassen ist alles, was nicht im engeren Zusammenhang mit der Auslegung des Gesetzes steht. Dazu rechnet der Verfasser die gedrängte Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die einen Einblick auf die weitere Entwicklung der Mietpreise und des Mietausgleichs gestatten. — Der Darstellung des Rechts der Wohnungsbauabgabe ist ein kurzes Bauprogramm angefügt, das sich insbesondere mit der Heranziehung der Arbeitgeber befaßt.

## Geschworene.

### Aus den Beobachtungen eines Volkrichters.

Meineid, Raub, Mord usw. waren in der Hauptsache die Delikte, über die verhandelt wurde. Unter den 84 Geschworenen waren nur 4 Frauen. Daß die Frauen übermäßig bevorzugt waren, kann man nicht sagen — immerhin aber ein Anfang —, 12 Geschworene bilden immer die Geschworenenbank, die an jedem Tage von den 84 ausgelost werden. Charakteristisch war es, daß die Frauen fast immer „abgelehnt“ wurden. Deshalb die „Ab- lehnung“ erfolgte, weiß man nicht, da das Wort „angenommen“ oder „abgelehnt“ ohne jeden Zusatz vom Staatsanwalt oder vom Verteidiger abzugeben ist. Das Ablehnungsrecht steht dem Angeklagten selbst zu; sie übertragen es aber in fast allen Fällen dem Verteidiger, denn sie fühlen sich während der Verhandlung, mit einigen Ausnahmen, alle besungen.

Der Volenrichter, ob Frau oder Mann, hat ernstlich zu prüfen, was für eine strafbare Tat zur Verhandlung steht, — welche Ursachen, welche Verhältnisse dem Verbrechen zu Grunde liegen, kurz, der Volenrichter muß das genügende Maß sozialen Verständnisses besitzen. Er hat sich nicht durch die „Rechtsbelehrung“ des Vorsitzenden beeinflussen zu lassen. Er ist Volkrichter — Richter des ungeschriebenen Rechts! Beim Schwurgericht hat der Volenrichter leider nur über „schuldig“ oder „unschuldig“ sein Urteil zu fällen, mildernde Umstände mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten. Das Strafmaß setzt das Berufsrichterkollegium fest. Weil den Geschworenen nur ein enger Rahmen zur Betätigung heute gegeben ist, müssen wir besonders darauf achten, wer von unserer Seite als Geschworener vorgeschlagen wird. Es ist leicht, einen Menschen zu Justizhaus zu verurteilen, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abzuspreden und ihn aus der menschlichen Gesellschaft auszustoßen auf Grund einer Straftat, die vielleicht nur auf die elenden sozialen Verhältnisse zurückzuführen ist.

Unsere Strafanklagen sind keine Besserungsanstalten, wie jeder befähigt wird, der so eine Anklage gelesen hat. Wir hatten Gelegenheit, das Untersuchungsgefängnis in Moabit besichtigen zu können. Es war alles in schönster Ordnung, soweit man eben bei einer kurzen Besichtigung feststellen konnte. Ein ungeheurer komplizierter Apparat, wovon sich die Deffektivität keine Vorstellung macht. Festgestellt muß aber werden, daß die Belegung der Gefängnisse in Moabit über das Doppelte der festgesetzten Zahl beträgt. Wie der während der Inspektion ganz richtig sagte, ist das Gefängnis das Barometer der wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates. Die Kriminalität steigt beim Niedergang der Wirtschaft. Die Befestigung des Gefängnisses durch die Geschworenen müßte vor der Schwurgerichtsperiode erfolgen, was leicht zu bewerkstelligen wäre.

Beseitigen wir das Grundübel der meisten Verbrechen, die schlechten sozialen Verhältnisse, so werden wir nicht mehr so häufig über Missetatdelikte zu Gericht sitzen.

### Schülermaßregelungen wegen der Maffei?

Der 1. Mai ist der Arbeit Weißfeiertag. Unter großen Opfern hat die Arbeiterklasse ihn ertröpft und niemals wird sie ihn sich wieder entreißen lassen. Durste er für die Kinder des Proletariats grauer Alltag sein? Viele Arbeiterfamilien schicken ihre Kinder am 1. Mai nicht zur Schule und lassen sie an der Maffei teilnehmen. Die Schulbehörde fand sich damit ab. Das preussische Staatsministerium hatte für den 1. Mai ausdrücklich angeordnet, daß Befuchen um Befreiung vom Schulbesuch stattzugeben sei. Jetzt wird uns mitgeteilt, daß in Berlin manche Lehrer und Lehrerinnen die Kinder, die am 1. Mai dem Unterricht ferngeblieben waren, am nächsten Tage mit unpassenden Bemerkungen und sogar mit Spärrerrien begriffen. Einzelne sollen so weit gegangen sein, die Kinder dafür zu bestrafen. Dürfen Kinder wegen der Maffei gemohregelt werden? Diese Frage wollen die Elternbeiträge an geeigneter Stelle vorbringen. Schriftliche Mitteilungen über derartige Vorkommnisse an den Gen. Otto Boose (Berlin, Liegnitzerstr. 19) erbeten.

## 2] Heimweh.

### Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Nylander.

Dann hassen sie uns beim Deckspülen und teilten vom Morgen bis zum Abend die Sisyphusarbeit, die seit Anbeginn der Zeit vermutlich bis die Wassertiefen einmal ausgetrocknet sein werden das tägliche Leben an Bord ausmacht. Ihre Gelehrigkeit, ihr Dienstfever und nicht zum wenigsten ihre Fröhlichkeit trugen ihnen die Freundschaft aller ein, ebenso wie ihre Geschwindigkeit und Kühnheit alle mit Staunen erfüllte.

Es war daher mehr als einer an Bord, der sich wunderte und sie vermied, als sie eines Morgens nicht erschienen. Ich bemerkte, daß sogar Bong Lee wiederholt am Vormittage an die Reeling trat und nach dem Lande spähte. Beim Mittagessen bildete ihr Ausbleiben den Gesprächsstoff. Der letzte Brahm wurde hereingewickelt, nachdem wir seine Ladung in Empfang genommen hatten aber noch immer war nichts von Sam und Elias zu sehen, die sonst mit diesem Brahm nach der Insel zurückzuführen pflegten.

Die Sonne war untergegangen und es dämmerte schon stark, als Stone an Bord kam. Er sprach eine Weile mit dem Schiffer und kam dann nach vorne zu mir. Es lag etwas Fremdes, Unsicheres über seinem ganzen Wesen.

„Denken Sie nur, die Jungen sind doch nach Manatoj gefahren,“ sagte er.

„Das tut mir leid,“ sagte ich. „Das hätte ich nicht geglaubt. Sie schlugen es doch so bestimmt ab. Fanden sie viele Mischein? Es würde mir sehr leid sein, wenn sie es wirklich meinewegen getan hätten.“

„So schlimm wäre das ja nicht,“ erwiderte er. „Sie waren übrigens noch nicht zurück, als ich von Hause fortging. Aber sie müssen wohl bald kommen. Ich nehme wenigstens an, daß sie dahin gefahren sind, gesehen hat sie niemand. Von hier sah auch wohl niemand etwas von ihnen? Man könnte sich ja denken, daß sie außerhalb des Riffs gefesselt sind, weil die Brise so aut war.“

Stone meinte, die Knaben wüßten wohl, was sie unternehmen. Über diese Bank hätte er nie leiden können. Im Laufe des Jahres seien schon verschiedene Unfälle dort vorgekommen. Das Wasser sei dort zu tief. Nun könne es ja aber möglich sein, daß sie die Ebbe abgewartet hätten und darum so lange ausgeblieben seien.

Am nächsten Morgen kam unser letzter Brahm. Bis Mittag sollte die Ladung beendet sein. Die Leute vom Brahm erzählten, daß die Knaben immer noch verschwunden seien. Stone hätte Kanus und Leute nach allen Richtungen ausgeschildert. Nach einer Stunde sah man das weiße Walfahrt stark bemant und mit Stone am Steuer südwärts die Küste entlang rudern.

Bei guter Zeit nachmittags war der Schoner fertig. Die Verladungsvorarbeiten waren abgenommen und fertigpackt, die Sonnenfegel beiseite, das Boot gefüllt. Nun galt es nur noch die Fallen aufzustrecken, Schote anzuholen und loszuwer-

fen. Aber das Meer lag wie ein Spiegel. Vor Tag werden konnten wir die Brise, die uns von Nonawaj fortbringen sollte, kaum erwarten.

Als wir oben auf der Bank unseren Abendtee tranken, sahen wir Stones Boot zurückkommen. Es wurde jetzt, ebenso wie bei der Ausfahrt, zwischen Insel und Riff gerudert, aber als es gerade vor der freien Passage zwischen den Brandungen war, drehte es auf den Schoner zu.

Man konnte schon aus der Entfernung sehen, daß die Ruderer einen schweren, anstrengenden Tag im glühenden Sonnenschein gehabt hatten. Als das Boot heran kam, warf ich die Fallreepstreppe herunter und war der erste, der Stone empfing, als er herauf kam. Kaum erkannte ich ihn. Diese vierundzwanzig Stunden hatten ihn zu einem alten, gebrochene Mann gemacht. Es war überflüssig noch zu fragen. Sie waren also fort. Er hatte jetzt Gewißheit.

Der Schiffer kam auf Deck. Er schien ebenso erschüttert wie alle anderen, die Stone umringten.

Keine Spur von den Knaben war entdeckt. Niemand hatte sie gesehen. Nur bei einer Kobraniederlage auf dem halben Wege zu der Bank fehlte den Leuten ein Kanu, ein Segelkanu. Doch konnten sie nicht sagen, wann dieses verschwunden war, da es aufgezoogen im Schatten des Lagerhauses gelegen hatte. Daß es ein großes Segelkanu war, machte die Sache noch ungläublicher.

Ebenso unbegreiflich schien es, daß die Knaben, als sie gegangen waren — es mußte mitten in der Nacht gewesen sein —, zwei von Stones blau und weiß gestreiften Hemden mitgenommen hatten.

„Bong Lee!“ rief der Schiffer mit einer nicht mißzuverstehenden Beste nach Halbedeck dem Chinesen zu, der auch unter uns anderen stand. Dann schob er seinen Arm in Stones Arm. „Kommen Sie, Stone,“ sagte er fast zärtlich, „Sie müssen versuchen sich zu trösten, zu vergessen.“

Stone schüttelte den Kopf. „Nein, danke, ich muß sehen an Land zu kommen.“ „So leben Sie wohl, Stone,“ sagte der Schiffer und ergriff seine Hand. „Versuchen Sie zu vergessen. Das ist das Einzige. Und wenn ich zurückkomme, werde ich alles für Sie besorgt haben.“

„Ach nein — lassen Sie die Sache nur ruhen,“ erwiderte Stone. „Aus dem Reifen wird nichts, das merke ich. — Wollen Sie mich nach Hause begleiten?“ wandte er sich an mich. „Wahrscheinlich wäre das auch für Maria etwas leichter.“

Es ging wohl kaum an. Wir lagen ja klar, um jede Minute abzuwarten. Ich sah den Fischer fragend an.

Er nickte mit dem Kopfe. „Gehen Sie nur mit,“ sagte er still.

So begleitete ich Stone an Land. Eine große Menschenmenge scharte sich um das Boot, als wir anlegten. Alle fragten und sprachen durcheinander. Einige der Frauen meinten laut.

Ein wenig abseits von der Menge stand Stones Frau und neben ihr der alte David. Sie schien schon zu wissen, was geschehen war, ohne daß sie zu fragen brauchte. Behut-

jam streichelte David ihren Arm, als wäre sie ein kleines Kind, und redete auf sie ein. Aber sie vermochte das Grausige noch nicht zu fassen. „Es ist entsetzlich,“ jammerte Stone. „Beide Jungen! — Arme Maria!“

„Ja, die Arme,“ sagte ich. „Es wird schrecklich einsam für sie. Für Sie ist es ja auch schwer, aber Sie hätten die Knaben doch bald verlassen. Für Ihre Frau, die nun allein zurückbleibt —“

Stone war stehengeblieben. Ich sah ihn an, und unsere Blicke begegneten sich. Ich hätte viel darum gegeben, wenn ich dieses nicht gesagt hätte. Niemand hätte ich geahnt, daß so viel Kummer und so viel Selbstvorwurf in dem Blick eines Menschen liegen konnte.

„Verzeihen Sie,“ sagte ich, ohne es zu wollen, „— ich, ich wollte nicht —“

„Jetzt weiß ich, daß ich nicht reifen kann,“ unterbrach mich Stone. „Es wäre mir ganz unmöglich. — Nein, niemals. Sie werden doch nicht denken, daß ich Maria jetzt verlassen könnte.“

„Es wird ihr sicherlich ein großer Trost sein, das zu hören,“ entgegnete ich. „Sie hatte doch wohl schon gemerkt und im stillen darüber getrauert, daß Sie fort wollten. — Aber könnte man nicht denken, daß die Jungen vielleicht doch am Leben sind,“ versuchte ich. „Wissen Sie, Stone, ich habe darüber nachgedacht, daß sie ein großes Segelkanu nahmen. Und dann, daß sie Hemden mitnahmen, sie, die doch eigentlich nie Kleider an sich haben mochten. — Vielleicht sind sie nur hinausgefahren, wer weiß wohin, um einmal eine andere Insel zu sehen. Sie wissen ja selbst, daß Seemannsblut in den Jungen steht. Und dann sind sie in diese Windstille geraten. Sie können weder hin noch zurück. Wir liegen hier ja auch schon seit mehreren Stunden fertig.“

Stone streckte begierig seine Hand nach diesem Strohhalm aus. „An das Kanu habe ich auch schon gedacht,“ sagte er.

Nun verluhten wir beide, uns an diesem Halm zu halten, drehten und wendeten ihn, bis er schließlich kein Strohhalm mehr war, sondern ein großes, sicheres Segelkanu, das die Knaben wohlbehalten zurückbrachte, sobald es Wind gab.

Stone blieb ruhig. „Wir wollen uns nicht zu früh freuen,“ tröstete er seine Frau. „Wir müssen warten, und wenn es Jahre dauern sollte. Weigt du noch, Maria, vor fünf Jahren, als der einsame Mann in dem kleinen Kanu, kaum halb so groß wie das, das die Jungen haben, hier an Land kam? Eine Segelfahrt von sechsmal vierundzwanzig Stunden im Sturm! Wer sollte so etwas für möglich halten. Er war bei hartem Wetter ausgetrieben und mußte fahren, als gälte es sein Leben. Hatte keine Ahnung, wohin es ging. Ein einziger fliegender Fisch war alles, was er in der Zeit zu essen gehakt hatte. — Nein, wir müssen abwarten.“

Traurig schüttelte die Frau den Kopf. Dann lehnte sie sich an ihn, wie um ihre Verzweiflung zu verbergen, aber ich merkte, daß sie weinte. So sahen wir schweigend, bis ich scheiden mußte.

(Schluß folgt.)



